

caritas in NRW

Zeitschrift der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn

Selbstbestimmte Teilhabe

Auf Augenhöhe



CARITAS HEUTE: Vertraut und fremd
100 Jahre Caritas-Geschichte

ISSN 1617-2434
G 5546

BISTUMSSPIEGEL

Caritas in Ihrer Region – Menschen in der Caritas





Liebe Leserin, lieber Leser,

die politische und fachliche Debatte um die Inklusion wird als harte Auseinandersetzung geführt. Einige fordern, selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen als ein Menschenrecht auf chancengerechten Zugang zu allen materiellen, sozialen und kulturellen Ressourcen und Prozessen einer Gesellschaft strikt zu verwirklichen. Andere sehen die Schwierigkeiten der Umsetzung dieses Anspruchs in der Praxis, in der sie tagtäglich die Notwendigkeit von Unterstützung, Förderung, Anwaltschaftlichkeit und – ja auch Fürsorge erleben.

Manche werfen den kompromisslosen Verfechtern der Inklusion ideologiesteuertes Theoretisieren im Wolkenskuckucksheim vor. Überfordern wir nicht die Gesellschaft mit diesem Unbedingtheitsanspruch der Inklusion? Die Gegenseite hält manchmal gar schon diese Frage für unzulässig. Sie wirft den Bedenkenträgern Ahnungslosigkeit im Hinblick auf das ethische Fundament der Inklusion sowie fehlenden Willen und fehlende Fantasie und Kreativität bei den Umsetzungsschritten vor. Sie, liebe Leserinnen und Leser, werden Elemente und

Argumente beider Seiten in diesem Heft finden. Es ist notwendig, die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Inklusion klar zu benennen. Es gibt sie – zahlreich, schwerwiegend – und dazu berechnete Fragen, die sich nicht mit theoretischer Tünche überstreichen lassen. Gleichzeitig gibt es fantastische positive Beispiele für eine gelungene Inklusion. Hätten wir sie erreicht ohne den politischen Druck, der erst durch die Behindertenrechtskonvention und ihre Ratifizierung durch Deutschland zugenommen hat?

Insofern leistet dieses Heft einen kleinen Beitrag zu einer Debatte, die tiefer reicht als die Frage nach guten und besseren Konzepten in der Behindertenhilfe. Es ist die Frage nach dem Selbstverständnis einer demokratischen Gesellschaft. Mit welchen Instrumenten gestaltet sie das eigene Zusammenleben? Welche Spielregeln gelten, wie üben wir sie ein, wie befähigen wir, mit Vielfalt umzugehen, eigene Ressourcen wahrzunehmen und einzusetzen, Beteiligung zu praktizieren?

Ihr

Markus Lahmann



Markus Lahmann
Chefredakteur



Zum Titelbild:
Im Essener Hauptbahnhof kennt sich Josef Dahmann (52) besser aus als viele Reisende. Deswegen gibt er gerne Auskunft, hilft bei alltäglichen Krisensituationen oder bringt Hilfsbedürftige zum Bahnsteig. Auch schon mal allein, obwohl er meist mit seinem Partner in Tandem unterwegs ist. Josef Dahmann ist einer von drei Menschen mit geistiger Behinderung, die seit Sommer 2013 gleichberechtigt zum Team der Bahnhofsmision Essen gehören: gelebte Inklusion.
Foto: Thilo Schmüngen

Inhaltsverzeichnis



Schwerpunkt

Inklusion kommt langsam voran 4
Mehr Lebensqualität für immer mehr Menschen mit Behinderung

Die Nische finden 10
Aus der Werkstatt in den Arbeitsmarkt

Inklusion ja, aber ...! 12
Ein kostenneutrales Billigmodell hilft nicht

Neue Brille für die OGS 15
Ein neues Caritas-Projekt



Porträt

Arbeitsplatz Caritas 17
Jaqueline Stein, Beiköchin im Haus der Caritas, Aachen



Caritas heute

Vertraut und zugleich fremd 20
Ein Blick auf 100 Jahre Caritas

Flashmob für Flüchtlinge 24
„Willkommens-Werkstatt“ der „youngcaritas“



Bistumsspiegel

Aachen 26 **Münster 40**
Essen 32 **Paderborn 46**
Köln 36



Infothek

Neue Bücher 50

Impressum 19



Inklusion kommt langsam voran

Mehr Mitbestimmung, mehr Freiheit, mehr Lebensqualität ist das Ziel für immer mehr Menschen mit Behinderung

Von Markus Lahrmann

Inklusion als Ausdruck für selbstbestimmte Teilhabe wird in Nordrhein-Westfalen derzeit vor allem im schulischen Kontext diskutiert. Doch es gibt bereits Erfahrungen in Kindertageseinrichtungen sowie beim Wohnen und Arbeiten von Menschen mit Behinderungen. Annäherung an ein vielschichtiges Problemfeld.

Der kleine David* weint häufiger. Er war früher auf einer Förderschule Lernen, wo er gut zurechtkam. Nun ist er einer von zwei Schülern in einer Regelklasse fünf einer Realschule im Großraum Köln. Wegen seiner diagnostizierten Lernbehinderung wird er inklusiv beschult,

erhält individualisiertes Unterrichtsmaterial. Auf seinem Englisch-Arbeitsheft ist ein anderes Bild drauf als bei den anderen Schülern. Die haben das sofort gemerkt und sich lustig gemacht: „Die sind ja doof.“ In seiner Verzweiflung läuft David heulend zu den Lehrern. In der Theorie profitieren vom sogenannten gemeinsamen Unterricht beide Seiten, behinderte und nicht behinderte Kinder. Damit diese Theorie in der Praxis auch umgesetzt wird, sind im Schulalltag viele Gespräche, Übungen und Diskussionen notwendig. Soziales Lernen, gegenseitige Akzeptanz gelten heutzutage als wichtige Fähigkeiten. Doch es „bedarf einer längeren und intensiven Arbeit, um auch die Regelschüler zu erziehen“, sagt die gelernte Förderschullehrerin Anneloret Schmidt*, die jetzt in der Inklusion arbeitet. Damit auch der Regelschüler erkenne: „Mein Mitschüler hat’s nicht so mit dem Lesen, kann aber superschnell laufen.“ Was sich in dieser Klasse fünf als die eine Seite des Problems darstellt, sieht in der Inklusionsklasse sieben an der gleichen Realschule schon wieder ganz anders aus. Drei Schüler mit emotional-sozialem Förderbedarf sitzen hier in einer Klasse mit 16 anderen Schülern. Mobbingprobleme, Gewaltdelikte, Störungen und

Sabrina Schalling (l.) und Friederike Berger gehören zum Team dieses Kiosks im Bahnhof Gladbeck-West. Für sie und sieben weitere Beschäftigte aus den Caritaswerkstätten Gladbeck ist das eine tolle Möglichkeit, sich auf dem Arbeitsmarkt auszuprobieren. Der Kiosk in der Eingangshalle des Bahnhofs bietet also nicht nur Kaffee, Snacks und Zeitschriften für Pendler und Reisende, sondern vor allem gelebte Inklusion. Foto: Caritas Gladbeck



* Namen geändert

Auseinandersetzungen sind hier an der Tagesordnung. Viele Regelschüler haben permanent Angst, weil sie massiv mit Gewalt bedroht werden. Und obwohl die Klassenlehrerin zufällig eine Zusatzausbildung als De-eskalationstrainerin hat, obwohl mehrfach die Polizei zur Beratung in der Klasse war, belasten die Probleme den täglichen Unterricht. An vier bis fünf Stunden in der Woche ist die Sonderpädagogin zusätzlich zu den Fachlehrern im Unterricht anwesend – bei knapp 30 Wochenstunden. Also gilt es vor allem für die Klassenlehrerin, die sozialen Probleme und Konflikte in der Interaktion mit allen Schülerinnen und Schülern aufzuarbeiten. Daneben muss – es handelt sich um eine Realschule! – der Lehrplan durchgezogen werden, der Stoff für die vorgeschriebenen drei Klassenarbeiten ist zu vermitteln. Eltern, die anfangs erfreut auf die zweite geschulte Lehrkraft reagierten, weil sie sich zusätzliche Förderung auch für ihr eigenes (nichtbehindertes) Kind erhofften, fragen inzwischen argwöhnisch, ob die Inklusion nicht die Lernchancen für ihre Kinder verschlechtert. Wer will es ihnen verdenken in einer auf Selbstoptimierung getrimmten Leistungsgesellschaft? Inklusion in der Schule bedeutet aber auch: viel mehr Arbeit für die Klassenlehrerin. Sie hält ihren Unterricht differenziert nach drei, manchmal sogar vier Leistungsstufen. Arbeitsblätter müssen in vier verschiedenen Versionen angefertigt werden. Es braucht vielfältige und abwechslungsreiche Unterrichtsmethoden. Kein Wunder, dass 80 bis 90 Prozent des Kollegiums die Inklusion, die sie als von der Politik aufgepfropft empfinden, ablehnen. Zumal sie – bis auf eine Mini-Fortbildung von wenigen Stunden, bei der viele Fragen offenblieben – keinerlei Ausbildung für die neue Mammutaufgabe erhalten haben. „Regelschullehrer der Sekundarstufe I und II sind im Grunde interessiert und dazu ausgebildet, ein Fach zu unterrichten und Wissen zu vermitteln – nicht aber, Kindern mit psychischen Problemen soziales Lernen zu ermöglichen“, sagt die Sonderpädagogin Schmidt.

Ablehnung bei Lehrern

Kein Wunder, dass eine repräsentative Umfrage des Forsa-Instituts im Auftrag des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) unter Lehrerinnen und Lehrern zu einem verheerenden Ergebnis kommt. 97 Prozent der Befragten sprechen sich NRW-weit für eine Doppelbesetzung aus Lehrer und Sonderpädagogen in inklusiven Klassen aus, neun von zehn sind der Ansicht, dass es diese Doppelbesetzung immer und nicht nur zeitweilig ►



Karikatur: Thomas Pfaffmann

Warum Inklusion?

Inklusion ist kein Selbstzweck, sondern entspringt als Recht auf (selbstbestimmte) Teilhabe von Menschen mit Behinderung dem zentralen Menschenrecht auf Beachtung der Menschenwürde. Wer sich also den Menschenrechten verpflichtet fühlt, muss auch die in der UN-Behindertenrechtskonvention niedergelegten Regelungen akzeptieren und umsetzen. Teilhabe ist danach nicht (nur) eine Frage des sozialen Wohlergehens, sondern beinhaltet die unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft (Artikel 19), Arbeit und Beschäftigung (Artikel 27), angemessenen Lebensstandard und sozialen Schutz (Artikel 28), Teilhabe am kulturellen Leben sowie an Erholung, Freizeit und Sport (Artikel 30). Deutschland hat die Behindertenrechtskonvention 2009 ratifiziert und muss sie jetzt entsprechend und überprüfbar umsetzen.

Weil nach der Konvention eine Behindertenpolitik der Fürsorge und des Ausgleichs von Defiziten überholt – und streng genommen nicht (mehr) mit der Menschenwürde vereinbar – ist, sind die Vertragsstaaten wie Deutschland rechtlich gezwungen, das Leitbild der Inklusion zu übernehmen:

„Es geht nicht mehr darum, Ausgegrenzte zu integrieren, sondern allen Menschen von vornherein die Teilnahme an allen gesellschaftlichen Aktivitäten auf allen Ebenen und in vollem Umfang zu ermöglichen. Dies bedeutet, alle gesellschaftlichen Bereiche müssen für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zugeschnitten sein oder geöffnet werden. Es ist nicht Aufgabe des Menschen mit Behinderungen, sich anzupassen, um seine Rechte wahrzunehmen. Die Sicherstellung behindertengerechter Infrastruktur ist ein Grundgedanke der Behindertenrechtskonvention. Menschen mit Behinderungen sollen von gemeindenahen Diensten oder auch persönlichen Assistenzen unterstützt werden. Viele Partizipationshindernisse, unter denen Menschen mit Behinderungen leiden, hängen mit physischen oder mentalen Barrieren zusammen. Deren Überwindung verlangt breit angelegte staatliche und gesellschaftliche Anstrengungen und auch die Bereitschaft zur Übernahme der zur Umsetzung notwendigen Kosten.“

(aus Wikipedia, abgerufen am 18. 8. 2015)



Schwerpunkt

Inklusion



Das Hotel Franz in Essen ist in Deutschland einzigartig: In dem Vier-Sterne-Hotel mit angeschlossenem Veranstaltungszentrum, das komplett barrierefrei gestaltet ist, fühlen sich nicht nur Menschen mit Rollstuhl, Rollator, Kinderwagen oder großem Gepäck, Hörschädigung oder Sehbehinderung wohl, sondern auch jeder „ganz normale“ Gast. Besonders die herzliche Atmosphäre des Hotels Franz wird von den Gästen geschätzt. Viele merken nicht einmal, dass in dem Hotel Inklusion gelebt wird. Die Hälfte aller Mitarbeiter, ob im Restaurant, in der Technik oder wie hier im Zimmerservice, haben selbst eine Behinderung.

Foto: Franz-Sales-Haus

► geben müsse. Das nordrhein-westfälische Inklusionsgesetz sieht eine solche Doppelbesetzung nicht zwingend vor. Das Fortbildungsangebot bewerten 47 Prozent der Lehrer als gar nicht gut, weitere 39 Prozent als weniger gut. Auch über zu große Klassen gibt es Klagen. Der VBE forderte als Konsequenz auf die aktuellen schlechten Umfrage-Ergebnisse mehr personelle, sachliche und räumliche Ressourcen für die Inklusion. Man ahnt es: Inklusion gibt es nicht kostenneutral. Böse Zungen behaupten, die nordrhein-westfälische Landesregierung, die ihre Haushaltsprobleme nicht in den Griff bekommt, wolle langfristig mit der Abschaffung von Förderschulen und einem Billig-Modell der Inklusion vor allem Geld sparen. Doch der Schuss könnte nach hinten losgehen: So empfiehlt der UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in seiner Antwort auf den ersten sogenannten Staatenbericht der Bundesregierung, „umgehend eine Strategie, einen Aktionsplan, einen Zeitplan und Ziele zu entwickeln, um (...) den Zugang zu einem qualitativ hochwertigen inklusiven Bildungssystem zu ermöglichen, einschließlich der notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen auf allen Ebenen“. Mehr Geld will die rot-grüne Landesregierung derzeit nicht in den gemeinsamen Unterricht investieren. Sie beruft sich auf eine Untersuchung mit dem Ergebnis, dass die Landeszuweisungen an die Kommunen für die schulische Inklusion „auskömmlich“ seien, so NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne). Also geht

der Streit über die Finanzierung der schulischen Inklusion in NRW auf eine neue Ebene: 52 Kommunen haben Verfassungsklage gegen den im Jahr 2014 erzielten Kompromiss über die Landesförderung der schulischen Inklusion erhoben.

Der politische Streit über die Finanzierung droht dann auch die inhaltliche Debatte zu überlagern. „Man kann an dem Schulgesetz vieles kritisieren“, sagt Hubertus Strippel, Referent für Behindertenhilfe im Diözesan-Caritasverband Essen, – doch das führe in der Debatte um die Inklusion nicht unbedingt weiter. Denn klar ist: Den Weg zurück gibt es nicht mehr. Der UN-Ausschuss empfiehlt Deutschland klipp und klar, „das Förderschulsystem abzubauen“. Das würde letztendlich auf eine „Schule für alle“ hinauslaufen. Erfolgreiche Modellprojekte gibt es längst genug. Doch wie funktioniert Inklusion bei einem Schulsystem, das bisher leistungsorientiert ist? Das beispielsweise bei Gymnasien vor allem auf Wissensvermittlung ausgelegt ist? Wie können die Motivation und Qualifikation von Lehrern im Alltag verbessert werden? „Wir brauchen eine allgemeine Bildungsdebatte“, fordert Strippel. Das Schulrechtsänderungsgesetz 2014 ist ohne Aktionsplan, ohne konkrete Schritte und Teilziele, ohne Änderungen auch bei der Lehrerbildung, ohne eine Anpassung des Schulsystems verabschiedet worden. Es eröffnet den Eltern von Kindern mit emotional-sozialen Behinderungen, Lern- oder Sprachbehinderungen einen Rechtsanspruch auf schulische Inklusion. Doch wissen



Eltern immer, was das Beste für ihr Kind ist? Der kleine David hatte sich an der Sonderschule wohl gefühlt, dem Unterricht konnte er besser folgen, er würde gerne dorthin zurück. „David würde dort mehr lernen“, sagt Sonderpädagogin Schmidt, „doch die Eltern sind stolz, dass ihr Kind jetzt auf eine normale Schule geht.“ Dass ihr Kind oft weint, sehen sie nicht.

Gibt es Beispiele für gelingende Inklusion?

„Vor zehn Jahren haben wir im Kita-Bereich darüber sehr intensiv und kontrovers diskutiert“, sagt Michael Brohl, Abteilungsleiter für Kinder-, Jugend- und Behindertenhilfe beim Diözesan-Caritasverband Paderborn. Damals sei es wichtig gewesen, den heilpädagogischen Einrichtungen nicht die Daseinsberechtigung abzusprechen – gleichzeitig aber die Regeleinrichtungen zu öffnen und den Prozess der Inklusion aktiv zu gestalten. Es besteht ein individueller Rechtsanspruch auf bedarfsdeckende Leistungen, das heißt, Eltern können vor Gericht gehen und die angemessene Teilhabe für ihre Kinder einklagen. Maßstab ist dann: Was braucht das Kind? „Das ist eine Situation, die wir auch im schulischen Bereich brauchen“, sagt Brohl. Heute werden im Kita-Bereich 80 Prozent der Kinder mit Handicaps in einer Regeleinrichtung aufgenommen. Das ist schon mal eine schöne Quote auch nach den Maßstäben der UN-Behindertenrechtskonvention, allerdings sagt diese Zahl nicht viel über die Qualität der Inklusion aus. Die Rahmenbedingungen für eine wohnortnahe Be-

treuung sind im Laufe der Jahre verbessert worden, somit ist Inklusion im Kita-Bereich zurzeit keine finanzielle, sondern eine fachliche Herausforderung. Wie kann das Personal qualifiziert werden? Wie gelingt es, dass einzelne Kinder nicht zu Inklusionsverlierern werden? „So ein Prozess braucht Zeit und Akzeptanz bei Eltern, Einrichtungen, Politik und beim Personal“, sagt Brohl.

Wohnen für Menschen mit Behinderungen

Mut zu mehr Inklusion macht das Beispiel des ambulant betreuten Wohnens: „Vor 15 Jahren gab es zehn Behinderte, die außerhalb der Einrichtung wohnten“, sagt der Direktor der Stiftung Haus Hall, Thomas Bröcheler. Heute betreut die Einrichtung im westlichen Münsterland 180 Menschen im ambulant betreuten Wohnen. Wohnungen wurden angemietet, Mehrparteienhäuser gesucht oder gar gebaut, Außenwohngruppen gegründet – all das brachte Menschen mit Behinderung „mehr Mitbestimmung, mehr Freiheit, mehr Lebensqualität“, so der Landschaftsverband Westfalen-Lippe, der sich als Kostenträger natürlich auch darüber freut, dass das ambulant betreute Wohnen deutlich kostengünstiger ist. Nur sehr vereinzelt berichten Kritiker von vereinsamten Menschen in zugemüllten Wohnungen.

Welche Position hat die Caritas?

Von ihrem Selbstverständnis als Anwalt von Menschen mit Benachteiligungen unterstützt die Caritas voll und ganz die Forderung nach selbstbestimmter Teilhabe von ►

Am Rande der Großstadt ist die Welt noch in Ordnung: Wie in einer grünen Oase leben und arbeiten rund 20 Beschäftigte mit geistiger Behinderung auf dem Klosterberghof, der zum Franz-Sales-Haus gehört. Im Hofladen des Bauernhofs kommen Menschen mit und ohne Behinderung ganz einfach und selbstverständlich miteinander in Kontakt. Egal ob es um Tiere, das Tragen der Einkäufe oder einen kleinen Plausch über das Wetter geht ... Hier gibt es zahllose Berührungspunkte, die Inklusion ermöglichen.

Foto: Achim Pohl



Auch wenn es einmal hektisch wird, bewahrt er stets die Ruhe: Julian Obst (vo.) ist fest angestellter Mitarbeiter im „Bistro AufSchalke“. Der junge Mann mit einer Lernbehinderung, der früher in einer Werkstatt für behinderte Menschen tätig war, ist froh, erstmals eine sozialversicherungspflichtige Stelle auf dem ersten Arbeitsmarkt zu haben. Das „Bistro AufSchalke“ ist eines von verschiedenen Integrationsprojekten, die das Sozialwerk St. Georg verwirklicht hat. Foto: Sozialwerk St. Georg

► Menschen mit Behinderungen. Punkt. „Die UN-Behindertenrechtskonvention hat dem Prozess der Inklusion eine neue menschenrechtliche Qualität gegeben. Sie macht das Recht, alle Rechte zu haben, den Schutz vor Diskriminierung und die Gewährleistung individueller Entwicklung ungeteilt für alle Menschen und nicht nur für Menschen mit ‚bestimmten Behinderungen‘ geltend“, sagt Strippel.

Daneben ist die Caritas aber auch Spitzenverband von zahlreichen Diensten und Einrichtungen der Behindertenhilfe in selbstständiger Trägerschaft, die wirtschaftlich handeln und am Markt überleben müssen. Die Stiftung Haus Hall ist auch Träger einer Förderschule für 190 Kinder mit geistiger Behinderung. Er sei sich sicher, dass es diese Förderschule auch in absehbarer Zeit noch geben werde, einfach weil es sie zur Versorgung von Menschen geben müsse, die anders keine Chance hätten, betont Thomas Bröcheler. Dabei ist er beileibe kein Inklusionsgegner: „Es gibt viele tolle Beispiele, wie Inklusion gelingt, aber das sind oft auch prominente und medienwirksame Einzelfälle“, sagt Bröcheler. Und: „Dabei-Sein in einer Regel-Klasse heißt ja nicht, dass ein Kind auch in sozialen Beziehungen steckt, dass es teilhat“, sagt er mit Blick auf den gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf schulische Inklusion. Viele Fragen sind noch offen, anscheinend tastet sich die Politik wie in einem Dunkelraum voran. Um die Inklusion voranzubringen, braucht es nicht nur ein Gesetz und gute Beispiele, sondern auch eine generelle Bereit-

schaft der Handelnden und – das ist besonders wichtig – die Bereitschaft zum Denken jenseits herkömmlicher Erfahrungen. Nicht umsonst gilt immer noch die alte Parole: „Inklusion fängt in den Köpfen an – in unseren!“ „Ich werde nicht müde zu betonen, dass wir entwicklungsoffen sind. Nur wissen wir nicht, was kommt. Ich wünsche mir für unsere Schule, dass wir inklusive Schule würden, dass wir gemeinsamen Unterricht geben dürften, dass wir Partnerklassen hätten“, sagt Bröcheler. Das ist in Nordrhein-Westfalen bislang undenkbar: dass Förderschulen, die ja oft gut ausgestattet sind, auch Regelschulkinder aufnehmen – und so die Inklusion voranbringen.

Erfahrungen der Caritas

Mitarbeiter und Leitungen in der Behindertenhilfe der Caritas verfügen über sehr viel Praxiserfahrung. Diese Realitätskenntnis scheint manchmal nicht nur subjektiv, sondern auch objektiv den theoretischen Ansprüchen der Inklusion zu widersprechen. Wenn dann Bedenken vorgebracht werden, heißt es schon mal von der Politik: „Ihr wollt doch nur eure Kuschelecke Förderschule erhalten.“ „Wir werden unter Druck gesetzt, uns der Inklusion zu öffnen“, sagt Thomas Bröcheler von Haus Hall, „und das ist auch in Ordnung so!“ Ihn stört vielmehr zu viel Ideologisierung: „Bislang ist unser System der Behindertenhilfe so ausgerichtet, dass auch die Schwächsten versorgt und gefördert werden.“ Mit der Umsetzung der Inklusion wandert der Blick automatisch auf die Besten, auf die Grenzgänger, die mit entsprechender Unterstützung zu den Vorzeigebildern für gelungene Inklusion werden. Was ist mit Schwerstmehrfachbehinderten? Was ist mit denen, die in den Einrichtungen zurückbleiben, weil sie dauerhaft betreut werden müssen? Die für immer in einer beschützten Werkstatt arbeiten, während die „Fitteren“ eine integrative Stelle auf dem ersten Arbeitsmarkt gefunden haben? „Der Erfolg der Inklusion muss sich daran messen lassen, wie es den Schwächsten geht“, sagt Bröcheler. Andersherum: „Bezahlen die Schwächsten den Preis für Inklusionsvorstellungen einer Gesellschaft, die nur für bestimmte Behinderungen in Frage kommen?“ Eine wichtige Frage, die aber nicht zu einem Argument der Inklusionsverweigerer werden darf. „Wir müssen die gesellschaftliche Perspektive im Auge behalten und jetzt sowohl eingefahrene Denkweisen als auch etablierte Strukturen verändern, damit wir in diesem unumkehrbaren Prozess der Inklusion Schritt für Schritt vorankommen“, sagt Michael Brohl. ◀

Inklusion in exklusiven Zeiten

„Was sie können, braucht keiner, was sie denken, schätzt keiner, und was sie fühlen, kümmert keinen.“ Das schrieb der Soziologe Heinz Bude über die Situation der Ausgeschlossenen in Deutschland. Er rückte damit in den Blick, dass eine wachsende Zahl von Menschen sich nicht dazugehörig fühlt, sich an den Rand gedrängt und aus dem Alltag von Arbeit, Politik, Konsum und Zivilgesellschaft ausgeschlossen sieht. In ein Wort gefasst ist das: Exklusion.

Spätestens seit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahr 2009 ist Inklusion in der Bundesrepublik nicht nur Auftrag und Chance für Staat und Gesellschaft, sondern auch in aller Munde. Deswegen ist es nicht verwunderlich, dass die meisten unter Inklusion zunächst die erfolgreiche Integration von Menschen mit Behinderungen verstehen. Mehr noch: Derzeit habe ich den Eindruck, als beträfe Inklusion in erster Linie die Bildungspolitik. Inklusion bezieht sich mitnichten nur auf Schule, sondern auf alle Altersgruppen, alle Lebensbereiche und damit alle Politikfelder. Diese gilt es so zu gestalten, dass sie die Voraussetzungen und Bedürfnisse beeinträchtigter Menschen berücksichtigen. Eine zweite Feststellung ist mir wichtig: Nur weil die UN-Konvention auch in Deutschland gilt, wird unsere Gesellschaft nicht automatisch inklusiv. Es braucht in allen Lebensbereichen noch mehr individuelle wie gemeinsame Anstrengungen.

Ja, es ist viel Arbeit. Aber es ist vor allem gewinnbringend. Alle gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen aus der Sicht beeinträchtigter Menschen in den Blick zu nehmen, sie kritisch zu hinterfragen und sie in deren Sinne zu verändern, birgt ein gewaltiges Innovationspotenzial – und zwar nicht nur zum Besten der Menschen mit Behinderungen, sondern zum Wohl aller. Barrierefrei gestaltete Bahnhöfe nützen nicht nur Menschen, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind, sondern auch reisenden Familien mit Kinderwagen. Piktogramme im öffentlichen Raum erleichtern nicht nur Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen die Orientierung, sondern auch Einwanderern und Touristen. Bildungsangebote, die von individuellen Lernvoraus-

setzungen ausgehen, nützen nicht nur den langsamen, sondern auch den schnellen Lernern.

Wie viel hier noch zu tun ist, zeigt der Bericht des UN-Fachausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. In seinen abschließenden Bemerkungen zum Staatenprüfungsverfahren Deutschlands beklagt dieser die „in Deutschland übliche gesellschaftliche Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen“ und macht deutlich, dass „das Festhalten an den Doppelstrukturen bei Wohnen, Bildung und Arbeit (...) eindeutig konventionswidrig“ ist. Es ist höchste Zeit, dass Deutschland die Weichen für eine inklusive Gesellschaft stellt.

Es geht voran, aber zu langsam. Woran das liegt? Das müssen wir uns als Caritas auch selbst fragen. Wenn wir den hehren Anspruch ernst nehmen, heißt das auch, über die parallele Existenz von Sonder- und Integrationseinrichtungen nachzudenken. Denn nach Meinung nicht weniger Experten tragen diese zur Entwicklung von „Restgruppen“ und „Restinstitutionen“ bei, weil hier lebende und arbeitende Menschen als nicht integrations- und teilhabefähig etikettiert werden. Wohnen, Bildung und Arbeit für Menschen mit Behinderung: Die Caritas – gerade in NRW – ist ein starker Verfechter der Anliegen von Menschen mit Beeinträchtigung. Sie ist ein großer Anbieter von Werkstätten und Wohnformen. Mit Konzepten und Modell-Projekten tragen wir schon jetzt zur schrittweisen Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bei. Und ich glaube, das können wir noch viel besser.

Das Wort Exklusion beschreibt eine grundsätzliche soziale Schieflage in unserer Gesellschaft. Suchtkranke, alleinstehende Senioren, Hartz-IV-Empfänger, chronisch Kranke, Prostituierte, Flüchtlinge: Ausgrenzung lässt sich weder einfach auf gesellschaftliche Benachteiligung reduzieren noch durch den Begriff der „relativen Armut“ erfassen. Und Exklusion ist nichts, was irgendwie passiert. Exklusion ist eine aktive Verweigerung von Teilhabemöglichkeiten. In diesem Sinne sind unser Auftrag und unsere Arbeit als Anwalt und Partner Benachteiligter und als Mitgestalter von Sozial- und Gesellschaftspolitik immer eins: inklusiv.



Andreas Meiwes ist Diözesan-Caritasdirektor für das Bistum Essen und Herausgeber von „Caritas in NRW“.



Schwerpunkt

Inklusion



Die Nische finden

„Die Arbeit gefällt mir, die Kollegen sind nett – und der Chef auch“, sagt Michael Mitzelfeld. Video auf you tube/Caritas MS.

Aus der Werkstatt in den Arbeitsmarkt mit Kreativität, Geduld und etwas Glück

Draußen passt sich die Arbeit dem Menschen an. Draußen ist es in der Regel umgekehrt. Deswegen muss schon einiges an Mühe, Kreativität und Geduld aufgewandt werden, wenn ein Beschäftigter mit Behinderung aus der Werkstatt heraus im doch rauerem Alltag des ersten Arbeitsmarktes Fuß fassen soll.

Und dazu noch etwas Glück, wie Lars Abels weiß. Er leitet die Stabsstelle „Kompetenzzentrum für Arbeit“ in den Caritas Wohn- und Werkstätten Niederrhein (CWWN) in Moers. 21-mal hat er es mit seinen beiden Kollegen in gut fünf Jahren geschafft. Es geht darum, „die Nische zu finden“, sagt Abels. Oft seien es keine ausgeschriebenen Stellen, sondern spezielle neue Aufgaben, die die bisherigen Werkstattmitarbeiter übernehmen.

Wenn zwei sich finden, kann es auch schnell gehen. Bei Michael Mitzelfeld (35) passen Aufgabe und die Chemie, auf die Gärtnereichef Bastian den Drijver viel Wert legt: „Das muss menschlich zusammenpassen, dass man auch mal ein Späßchen machen kann.“ Sonst kann der Tag auch lang werden, wenn im Hochsommer 30 000 kleine Weihnachtssterne eingetopft und bei 10 000 Stämmchen die Triebe ausgegeizt werden müssen.

Gerade mal vier Monate hat Michael Mitzelfeld in der Werkstatt gearbeitet, bevor er in ein Praktikum in der

Gärtnerei gewechselt ist. Schon bei seinen Großeltern, bei denen er aufgewachsen ist, hatte er gerne im Garten gearbeitet. Da zeigte sich schnell sein „grüner Daumen“. „Ich kann ihn fast überall einsetzen“, lobt Bastian den Drijver.

Natürlich gelingt die Vermittlung nicht immer so unproblematisch und nahtlos. Darauf weisen schon die Zahlen und Zeitläufe hin. Von insgesamt 1 200 Beschäftigten in den fünf CWWN-Werkstätten sind bisher eben erst 21 ausgeschieden und zu ihrem neuen Arbeitgeber gewechselt. Etwa 100 weitere Mitarbeiter sind in „Betriebsintegrierten Arbeitsplätzen“, kurz BiAP, außerhalb der Werkstatt in Firmen eingesetzt und damit teilweise auf dem Weg dorthin.

Lars Abels ist zufrieden: „Für die Werkstatt ist das eine sehr solide Entwicklung.“ Nicht vergessen dürfe man den hohen Anteil schwerstmehrfachbehinderter Menschen. Einen Wechsel von 20 bis 30 Prozent der Beschäftigten zu BiAP hält er für realistisch. Wie viele davon dauerhaft einen Arbeitsplatz außerhalb finden und behalten könnten, „das ist Spekulation“.

Einen Hinweis darauf wird es im kommenden Jahr geben, wenn die Förderung für die ersten vermittelten Beschäftigten nach fünf Jahren ausläuft. Sorgen macht sich Abels nicht. „Ich bin da entspannt“, sagt er, „das ist so gut zusammengewachsen.“ Die Fördermittel seien auch nicht der springende Punkt. Man könne zu 100 Prozent

die Arbeitskosten fördern, „aber wenn es nicht passt, wird auch das nicht helfen“, ist für Abels klar.

Heiko Böhm trägt zu Abels' Zuversicht viel bei. Seit drei Jahren arbeitet er bei INPRO MOERS, im vergangenen Jahr bekam er seinen unbefristeten Arbeitsvertrag. Sein Chef ist begeistert. Böhm bringe sich als „unverzichtbarer Mitarbeiter in unsere Produktionsabläufe ein“, sagt Geschäftsführer Hans-Jörg Peun. Heiko Böhm fährt den Stapler, repariert, überprüft und ist zudem in die Produktion von Wärmeelementen einbezogen.

Gelernt hat Heiko Böhm Bürokaufmann. Aber „eigentlich wollte ich Elektronik lernen“, sagt er. Nach fünf Jahren Arbeitslosigkeit konnte er in der Duisburger Zweigstelle der CWWN in die Elektromontage einsteigen. Klar war aber von vornherein, dass Werkstatt nur eine Zwischenlösung sein konnte. Böhm hat seine Ziele vor Augen. Aktuell steht die Führerscheinprüfung an, Traum wäre dann ein Mini-Cooper, aber mit dem deutlich besseren Verdienst erst einmal eine eigene Wohnung.

Der Verdienst in der regulären Beschäftigung ist naturgemäß deutlich höher und trägt damit zur Motivation bei, den Schritt aus der Werkstatt zu wagen. Obwohl das schon „eine ordentliche Schippe drauf ist“, lässt Lars Abels keinen Zweifel an der höheren Arbeitsbelastung. Was manchen auch zu schaffen mache, sei der Abschied aus der Arbeitsgruppe der Werkstatt. „Die ist nicht nur Arbeitsstätte, sondern auch Lebensraum“, beschreibt Abels die besondere Funktion. Und nicht immer klappt es gleich mit den neuen Kollegen in der neuen Firma. Geduld sei auch da gefragt.

Bei allen positiven Aspekten dürfen die negativen Facetten nicht übersehen werden. Wenn die „Fitteren“ die Werkstatt verlassen, bleibt das nicht ohne Wirkung auf Arbeitsatmosphäre und Betriebswirtschaft. In dem bisherigen Umfang sei das gut beherrschbar und zum Beispiel durch „Nachqualifizierung“ der Kollegen lösbar. Gelingen es, die Inklusion in den ersten Arbeitsmarkt in größerem Stile zu verwirklichen, wie von Gesellschaft und Kostenträgern gewünscht, „wird sich die Werkstatt verändern müssen“, sagt Abels.

Zunächst einmal geht es aber darum, Firmen zu motivieren. Angesiedelt im Gewerbegebiet, haben die CWWN Beziehungen zu benachbarten Betrieben, die sich nutzen lassen. Zudem übernehmen die Werkstätten von vielen Unternehmen Aufträge. Abels und seine Kollegen halten ständig die Augen offen, um die passenden Nischen zu entdecken. Aktuell stellte sich

im Gespräch mit einer Nachbarfirma heraus, dass Bildbearbeitung für einen Online-Katalog neu anstand. In der Werkstatt für psychisch kranke Menschen gab es eine gelernte Mediengestalterin. Derzeit wird getestet, ob dies eine weitere Erfolgsgeschichte für Abels' Team werden könnte.

Der Einstieg über die „Betriebsintegrierten Arbeitsplätze“ ist dabei ein guter Weg. Hier zahlen die Firmen sogar für die Arbeitsleistung ihrer Mitarbeiter auf Probe, die während dieser Zeit in der Werkstatt angestellt bleiben. „Wenn das funktioniert, ist das ein Riesenschritt“, sagt Abels. Die Firmen können sich dabei immer sicher fühlen. Die Erprobung wird eng begleitet. Wenn der Übergang in ein festes Arbeitsverhältnis erfolgt ist wie bei Michael Mitzelfeld oder Heiko Böhm, übernimmt zwar der Integrationsfachdienst des Landschaftsverbandes. Aber ein loser Kontakt wird gehalten, und bei Krisen bleibt die Werkstatt Ansprechpartner. Als „starkes Entgegenkommen“ empfindet Lars Abels die „Rückkehrgarantie des Landschaftsverbandes Rheinland auf Lebenszeit“. ◀

Harald Westbeld

Weihnachtssterne eintopfen, Beete sauber machen, Unkraut rupfen, Pflanzen rücken – also auseinanderstellen, damit sie Licht bekommen und gut wachsen können. Arbeit in der Gärtnerei fällt immer an. Michael Mitzelfeld ist stolz, dass er den Sprung aus der Werkstatt auf den ersten Arbeitsmarkt geschafft hat.

Fotos: Westbeld





Inklusion ja, aber ...!

Ein kostenneutrales Billigmodell hilft den Menschen mit Behinderungen nicht

Von Klemens Kienz

Viel ist darüber geschrieben und noch mehr ist darüber gesprochen worden. Und ohne Zweifel – es sind bereits Erfolge erzielt worden. Aber es scheint auch „Verlierer“ bei dem Prozess der Inklusion zu geben.

Gelungene Inklusion ist nach Aussage von Aktion Mensch: wenn jeder Mensch – mit oder ohne Behinderung – überall dabei sein kann, in der Schule, am Arbeitsplatz, im Wohnviertel, in der Freizeit. Dazu gilt aber auch die UN-Rechtskonvention, die immer wieder das Wunsch- und Wahlrecht hervorhebt.

Kinder mit Behinderungen und Eltern wollen entscheiden, auf welche Schule sie gehen. Sosehr ein inklusives Schulsystem zu begrüßen ist, es muss aber auch weiterhin Förderschulen geben.

Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen wollen entscheiden können, wo sie wohnen. Und da kann ein zeitgemäßes stationäres Wohnheim z. B. mit 24 Einzelzimmern oder eine kleine Wohngemeinschaft auch in Zeiten der Inklusion der richtige Lebensort sein. Leider haben Menschen mit Behinderungen manchmal diese Wahlmöglichkeiten nicht, wenn z. B. wie im Hochsauerlandkreis (Brilon, Meschede und Sundern) nicht genügend stationäre Wohnheimplätze zur Verfügung stehen. Eltern, die sich nicht mehr in der Lage sehen, ihr „Kind“ im eigenen Haushalt zu begleiten, müssen dann in andere, entfernte Regionen ausweichen.

Die Umsetzung der Forderung „ambulant vor stationär“ hat sicher für viele Menschen mit Behinderungen mehr Autonomie und eine Steigerung der Lebensqualität mit sich gebracht. Aber es gibt auch eine Schattenseite dieser gelungenen Inklusion. Am besten kommt dies in einem offenen Brief einer Bewohnerin eines Wohnheimes aus dem Kreis Warendorf zum Ausdruck: „Seitdem es Inklusion gibt, hat sich vieles für mich zum Negativen verändert. Bei jedem Bewohner wird geguckt, wie fit er ist und ob er eventuell in einer Außenwohngruppe wohnen kann. ... Früher haben wir zusammen Spiele gemacht, Fernsehen geguckt. Wenn wir spazieren gingen, haben Bewohner die Rollstühle geschoben. In meiner Gruppe ist kaum noch einer, der sprechen kann bzw. versteht, was ich aufschreibe. Für mich ist Inklusion eine Aussortierung, wobei ich auf der Strecke bleibe.“ Die allermeisten Menschen wollen sich durch ihre Arbeit ihr persönliches Leben finanzieren. Dies gilt auch für Menschen mit Behinderungen. Wenn dies auf dem ersten Arbeitsmarkt gelingt, ist dies gelebte Inklusion und unbedingt zu begrüßen. Aber auch schwerstmehrfachbehinderte Menschen wollen arbeiten, und diese Teilhabe am Arbeitsleben ist am besten in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) möglich.

Zu einem legendären Fun-Sport-Event haben sich die integrativen Drachenbootrennen auf dem Essener Baldeneysee entwickelt. 24 Teams starteten im letzten Sommer, die Mannschaften in den Booten bestehen je zur Hälfte aus Menschen mit und ohne Behinderung. Hier jubeln die Sieger vom D'OES-Paddel-Team. Foto: DJK Franz-Sales-Haus





Vielleicht ist die Umgestaltung zur inklusiven Gesellschaft in Deutschland mit dem Prozess der Wiedervereinigung zu vergleichen. Diese hat sehr viele Anstrengungen gebraucht, aber auch sehr viel Geld gekostet. Und so ist das auch bei der Inklusion! Die geforderte Kostenneutralität bedeutet die „Quadratur des Kreises“. Wir brauchen noch mehr politischen Willen, um eine inklusive Gesellschaft zu entwickeln. Mit dem in Vorbereitung befindlichen Bundesteilhabegesetz will sich der Bund finanziell zur Entlastung der Kommunen an den Kosten beteiligen. Für die Menschen mit schwersten Behinderungen ist dabei wichtig: „Die Finanzierungsbeteiligung des Bundes muss dazu dienen, zur tatsächlichen Verbesserung der Lebenslagen von Menschen mit Behinderungen beizutragen und die dafür notwendigen Unterstützungssysteme gut auszustatten“ (Johannes Magin, Vorsitzender des CBP, Presseerklärung vom 3. 12. 2014).

Konkret heißt das z. B.:

- ▶ Wir brauchen mehr Bereitschaft der Kostenträger, notwendige Fachleistungsstunden für ambulant betreute Menschen zu bewilligen, anstatt zu kürzen. Um das Wunsch- und Wahlrecht zu ermöglichen, muss der Mehrkostenvorbehalt für ambulant betreutes Wohnen wegfallen.
- ▶ Wir brauchen für die inklusiven „Regelschulen“ ausreichend gut ausgebildete Lehrer, damit Unterricht auch mal mit zwei Lehrern stattfinden kann und eine angemessene sachliche Ausstattung vorgehalten wird.

▶ Wir brauchen mehr gut ausgebildetes und zufriedenes Personal in Wohnheimen. Es kann nicht sein, dass Mitarbeiter immer mehr Zeit für die Dokumentation aufwenden müssen, die ihnen dann für ihre eigentlichen Aufgaben fehlt. Es kann nicht sein, dass ein sehr gut ausgebildeter 40-jähriger Heilerziehungspfleger mit seinem Gehalt seine Familie nicht auskömmlich versorgen kann. Auch in Einrichtungen der Behindertenhilfe gibt es immer mehr Mitarbeiter, die überlastet sind. Dauererkrankte können aber nicht immer angemessen ersetzt werden. Und damit fehlen Mitarbeiter, die dafür sorgen, dass auch für schwerstmehrfachbehinderte Menschen Teilhabe möglich ist. Es kann nicht sein, dass ein Bewohner per Inserat eine Person sucht, die ihn einmal in der Woche in ein öffentliches Schwimmbad begleitet, weil keiner von den Wohnheimmitarbeitern dafür Zeit hat. Es kann nicht sein, dass ein Mann ohne Schuhe zur Werkstatt kommt – und keiner hat das im Wohnheim gemerkt.

Es darf nicht sein, dass ein Mensch mit schwerer Behinderung ohne Begleitung einer vertrauten Person in einem Krankenhaus behandelt wird. Sicher könnte das auch eine ehrenamtliche Person des „Sozialraumes“ leisten. Aber diesen Sozialraum aufzubauen ist vor allem Aufgabe der Politik und nicht der Einrichtungen, die dies mit ihren Mitarbeitern oder durch Ehrenamtskoordinatoren leisten sollen. Inklusion darf nicht verordnet, sondern muss von allen gewollt und mitgetragen werden. ◀

Rund 2 100 Mitglieder treiben regelmäßig Sport im Sportzentrum Ruhr. Ein Drittel der Vereinsmitglieder haben eine Behinderung. Inklusion gelingt, wenn nicht nur der Leistungsgedanke zählt.
Foto: Franz-Sales-Haus, Essen



Klemens Kienz ist Sprecher der Diözesan-Arbeitsgemeinschaft der Angehörigenvertretungen in Caritaseinrichtungen der Behindertenhilfe im Erzbistum Paderborn.



Schwerpunkt



Wichtiger Schritt

„Wir kennen uns besser aus als die Betreuer“

Lange galt in der Behindertenhilfe die Kultur des Behütens, so wurde es auch in der Ausbildung vermittelt. Seit einigen Jahren hat der Kölner Caritasverband das sogenannte WKS-Modell in seinen vier Wohnhäusern für Menschen mit Behinderung eingeführt. Dadurch hat sich das Zusammenleben revolutioniert.

Das WKS-Modell des Niederländers Willem Kleine Schaars beinhaltet vor allem eine Haltung: Jeder Mensch ist gleichwertig und hat Ressourcen, unabhängig von dem, was als Behinderung bezeichnet wird. Jeder soll den Raum haben, seine persönlichen Ressourcen zu nutzen, nur auf Anfrage und bei „Unmöglichkeiten“ greifen Betreuende ein und unterstützen.

Nach intensiven Schulungen der Mitarbeitenden bedeutete der erste Schritt bei der Umsetzung, Kontrolle und damit auch Macht abzugeben. Das heißt nicht, die Bewohner alleine zu lassen. Aufgabe der Mitarbeitenden ist es, in der Nähe zu sein, zu beobachten und, wenn

Ulrike Falkenberg, Leiterin der Caritas-Wohnhäuser für Menschen mit Behinderung



Fotos: Caritasverband Köln



Mitarbeiter Dirk Blüchel



Bewohnerin Petra Beutel

*Die Bewohner organisieren ihre Mahlzeiten überwiegend selbst.
Foto: Joachim Rieger*

nötig, zu unterstützen. Dazu brauchen sie ein gutes Reflexionsvermögen.

Die Vorbereitung und Organisation der Mahlzeiten oder das Herumführen von Gästen lagen bisher in der Verantwortung der Mitarbeitenden und werden mittlerweile von den Bewohnern übernommen. Wie gut das funktioniert, hat alle zunächst überrascht. Die Bewohner unterstützen sich gegenseitig, und jeder hat seine Aufgaben. Dadurch können sie ihre persönlichen Stärken im Zusammenleben einbringen.

„Ich finde es besser, dass wir so viel selber regeln, denn wir kennen uns besser aus als die Betreuer: Ist ja klar, wir wohnen ja hier! Ich weiß, dass Wolfram kein Schweinefleisch essen darf, aber nicht alle Betreuer wissen das“, sagt Petra Beutel, Bewohnerin aus dem Wohnhaus St. Christophorus.

Wurde vorher zum Beispiel das Verhalten einer Bewohnerin während der gemeinsamen Mahlzeit von den Mitarbeitenden als Einmischung und störend empfunden, erfüllt es jetzt eine wichtige Funktion in der Gemeinschaft, weil es vielen Mitbewohnern hilft. Es wird als Stärke gesehen und im Zusammenleben positiv genutzt. Die Umstellung auf das WKS-Modell war ein Prozess, für den Bewohner und Mitarbeiter gleichermaßen Raum und Zeit brauchten.

„Als Mitarbeiter muss ich meine eigenen Normen und Werte regelmäßig überprüfen. Muss ein Bewohner sein Zimmer so aufräumen, wie ich es von zu Hause kenne? Es ist schließlich sein Zuhause, da muss er die Möglichkeit haben, seine eigene Vorstellung zu verwirklichen“, erklärt Dirk Blüchel, Mitarbeiter im Caritas-Wohnhaus St. Christophorus.

Die Atmosphäre in den Wohnhäusern hat sich verändert. Die Bewohner haben ein neues Selbstbewusstsein, fordern ihre Rechte ein und bringen immer wieder eigene Ideen ein. Und die Mitarbeitenden haben ein Bewusstsein dafür entwickelt, dass das Wohnhaus das Zuhause der Bewohner ist und sie selbst auch Gäste – mit einem professionellen Auftrag.

Ulrike Falkenberg hat als Leiterin der Caritas-Wohnhäuser vor einigen Jahren die Veränderung angestoßen: „Die Umsetzung des WKS-Modells ist aus meiner Sicht ein wichtiger Schritt zu mehr Inklusion, denn es vermittelt Gleichwertigkeit. Es entsteht eine Akzeptanz für die Individualität jeder Person“, zieht sie Bilanz. ◀

Andrea Michels / Marianne Jürgens



„Nicht zu schmale, unpassierbare Türen für

gehandicapte Kinder sind das Problem, sondern die hermetisch verschlossenen Türen für Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten“, sagt Nadine Leenen, die an zwei Grundschulen in Bochum-Langendreer OGS-Betreuerin ist.

Foto: Grätz

Neue Brille für die OGS

Ein Caritas-Projekt fördert Inklusion in der offenen Ganztagschule

Alle sprechen von Inklusion in der Schule. Unklar ist jedoch, ob der Rechtsanspruch mit dem Schulgong endet. Viele Kinder verbringen Zeit im offenen Ganztags an Grundschulen (OGS). Wie kann hier das Miteinander von Kindern mit und ohne Beeinträchtigung gelingen? Die Caritas im Ruhrbistum will das mit einem Modellprojekt Inklusion gezielt fördern. Ein Interview mit Projektkoordinatorin Ira Schumann

- *Frau Schumann, Sie koordinieren das Projekt „Inklusive offene Ganztagschule“ bei der Caritas im Bistum Essen. Was konkret soll das Projekt leisten?*

Ganz grundsätzlich geht es natürlich um die Unterstützung der Fachkräfte. Ein konkreteres Ziel ist die Etablierung von Inklusion als handlungsleitender Perspektive. Also immer wieder deutlich zu machen: Inklusion ist nicht etwas, was noch dazukommt, und dann kommt in fünf oder zehn Jahren das Nächste. Inklusion ist etwas sehr Grundlegendes – eine Perspektive, die wie eine Brille dazu dient, die ganze Schule und die OGS anzuschauen. Ein Instrument, mit dem Pädagogen und Pädagoginnen permanent auf das eigene Handeln schauen, also eine ständige Reflexionsperspektive. Wir wollen

praktische Dinge vermitteln, aber auch auf dieser Einstellungsebene ganz viel erreichen. Zudem wollen wir OGS-Teams und Lehrerkollegien, die noch mal intensiver daran arbeiten wollen, ihre jeweilige Organisation zu verändern, bei diesem Prozess unterstützen. Wir bieten ihnen den „Index für Inklusion“ als Arbeitsinstrument an und beraten sie in der Arbeit damit.

- *Was braucht denn Schule, was brauchen Pädagogen und Pädagoginnen, um inklusiver zu werden?*

Einerseits muss mehr Geld ins Schulsystem reingegeben werden oder im Schulsystem umverteilt werden. Die personelle Ausstattung, wie sie jetzt ist, reicht nicht. Auch wenn wir als Caritas daran mitarbeiten wollen, dass sich diese Bedingungen verbessern, können wir hier nicht sofort etwas ändern. Aber wir können gemeinsam mit den Fachkräften bei ihren Einstellungen ansetzen: ihre Haltung, mit der sie an das Thema Inklusion rangehen. Ihr Bild vom Kind, ihr Bild vom Lernen. Auf dieser Ebene muss tatsächlich sehr viel passieren neben besserer Ausstattung und einer Bildungspolitik, die das Thema besser unterstützt. Neben diesen Themen gibt es das grundsätzliche Problem, dass die OGS von der Politik oft nicht mitgedacht werden, wenn es um Inklusion geht. Hier sind rechtliche Änderungen notwendig, um die OGS besser zu unterstützen auf dem Weg zur Inklusion. Im Schulrechtsänderungsge-



Ira Schumann ist seit 1. Juni Koordinatorin im Projekt „Inklusive offene Ganztagschule im Ruhrbistum“. Zuvor hat sie in Forschungsprojekten im Bereich Erziehungswissenschaften gearbeitet und Rehabilitationspädagogik und Hispanistik in Halle studiert.



Schwerpunkt

Inklusion



Auch im offenen Ganztags gehören inzwischen Kinder mit Erfahrungen von Krieg, Gewalt und Vertreibung zum Alltag. Inklusion – auch für sie – gibt es nicht zum Nulltarif.

Foto: Grätz

► setz, welches letztes Jahr im August in NRW in Kraft getreten ist, wurden die OGS nicht berücksichtigt. Dieser Umstand, dass Schule und OGS immer wieder so getrennt gedacht werden, hat beispielsweise zur Folge, dass Kinder, die vormittags im Unterricht Anspruch auf Unterstützung durch Integrationshelferinnen und Integrationshelfer haben, diese für den Nachmittag in der OGS teilweise nicht bewilligt bekommen. Die Entscheidung über diese Bewilligung liegt bei den Jugend- und Sozialämtern, und wir können bei den am Projekt teilnehmenden Orts Caritasverbänden beobachten, dass dies sehr unterschiedlich gehandhabt wird. Das kann nicht sein, dass Inklusion nur bis zum Mittagessen geht, und danach werden manche Schülerinnen und Schüler wieder ausgeschlossen.

► *An welchen Haltungen von OGS-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern wollen Sie arbeiten?*

Es gibt mehrere Hindernisse für mehr Inklusion an Schulen und der OGS. Eine weitverbreitete Auffassung ist immer noch, dass bestimmte Kinder einfach nicht an die Regelschule gehören. Deutschland hat mit viel Geld über die Jahre ein sehr differenziertes Sonderschulsystem aufgebaut. Was seinerzeit ein ganz großer Fortschritt war, hat sich inzwischen ausdifferenziert – mit negativen Effekten. Es wurden Orte für Kinder geschaffen, die an der Regelschule nicht zurechtkamen. Dies widerspricht dem Grundgedanken der Inklusion als Menschenrecht. Auch manche Pädagogen und Pädagoginnen tun sich schwer damit, zu akzeptieren, dass bestimmte Kinder auf einmal einen Rechtsanspruch haben, an einer Regelschule zu sein. Außerdem müssen wir uns von der Idee verabschieden, dass Kinder einen bestimmten Stand an Fähigkeiten, ein bestimmtes Verhalten mitbringen müssen, um überhaupt zur Regelschule gehören zu können. Diese Idee findet man nicht nur bei Lehrerinnen und Lehrern, sondern auch schon im Kindergarten. Kinder werden fit gemacht für die Schule, weil sie einen bestimmten Stand an Wissen, an Fertigkeiten mitbringen müssen, um mitkommen zu können, um da überhaupt hingehören zu dürfen.

► *Frau Schumann, wir wünschen Ihnen viel Erfolg für Ihr Projekt!* ◀

Das Interview führte Christoph Grätz.



Olympia-Siegerin

Ganz oben auf dem Siebertreppchen stand Daniela Leal (24) über 1 000 m und 2 x 200-m-Staffel im Inlineskaten bei den Special Olympics World Games für geistig behinderte Sportler in Los Angeles. Dritte wurde sie über die 500-m-Distanz.

Der Kölner Caritasverband ist stolz, jetzt eine Olympiasiegerin mit zwei Goldmedaillen und einer Bronzemedaille in seinen Reihen zu haben.

Foto: Caritasverband Köln

Als einzige Kölnerin hatte sie sich für die Spiele mit 7 000 Athleten aus 165 Ländern qualifiziert. Im Caritasverband Köln ist sie im Hauservice beschäftigt und sorgt für saubere Teeküchen und Bewirtung bei den Hauskonferenzen. Jede freie Minute widmet sie ihrer sportlichen Leidenschaft, dem Inlineskaten, wo sie es zu Höchstleistungen bringt. Seit neun Jahren trainiert sie mittlerweile im Speed Skating Club Köln und ist im Verein die einzige Teilnehmerin mit Behinderung.

Marianne Jürgens



Porträt

In einer Serie stellen wir Menschen vor, die bei der Caritas arbeiten.

Heute:

Jaqueline Stein
Beiköchin in der Kantine im Haus der Caritas, Aachen

Inklusion in der Großküche

Kochen ist die große Leidenschaft von Jaqueline Stein. Dass sie diese einmal zum Beruf machen würde, hätte sie sich nicht träumen lassen, als sie noch als Schülerin die Schulbank einer Förderschule drückte. Das Schreiben fällt ihr nach wie vor schwer, auch Prüfungsjänge plagten sie, wenn sie einen Test schreiben muss. Doch dank des Spectrums, eines Beschäftigungs- und Qualifizierungsbetriebs des Rheinischen Vereins für Katholische Arbeiterkolonien e.V. in Aachen, hat sie es geschafft: Sie hat ihre Ausbildung zur Beiköchin abgeschlossen.

Weil die Prüfung so erfolgreich war, bekommt sie weiterhin staatliche Unterstützung. Deswegen kann die 21-Jährige nun ein Jahr Ausbildung in der Kantine des Hauses der Caritas in Aachen anhängen. Dort hat der Rheinische Verein seinen Sitz, Spectrum ist für das Catering zuständig, und es werden täglich rund 60 bis 80 Essen gekocht. Jaqueline Stein möchte Köchin werden. Und wenn sie die Ausbildung erfolgreich abgeschlossen hat, will sie in einer Kantine als Köchin arbeiten. Sie ist zuversichtlich, dass sie eine Stelle finden wird.

Vor drei Jahren begann die Dürenerin ihre Ausbildung bei Spectrum. Zuvor hatte sie bei einer gemeinnützigen Arbeitsmarktförderungsgesellschaft eine Maßnahme besucht, die junge Leute, die keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, auf die Arbeitswelt vorbereitet. Eine Ausbildung im Einzelhandel wollte die junge Frau zunächst machen, doch die Pläne zerschlugen sich. Schließlich erhielt sie den Tipp, sich beim Cateringservice von Spectrum zu bewerben. Der bot die Ausbildung zur Beiköchin an.

„Die Beiköchin unterstützt in einer Küche den Koch oder die Köchin“, sagt Jaqueline Stein. Beilagen vorbereiten, Kartoffeln schälen, Gemüse putzen, Fleisch und Dessert vorbereiten sind einige ihrer Aufgaben, während der Koch für die Zusammenstellung des Menüs zuständig ist. Doch Detlef Bock, der Chefkoch und Ausbildungsleiter, hat Jaqueline Stein viel mehr beigebracht, als eine Beiköchin können muss. Ein komplettes und leckeres Mittagessen für die zahlreichen Mitarbeiter und Gäste zu kochen, die werktags in die

Kantine ins Haus der Caritas kommen, ist für die Auszubildende kein Problem. Wenn der Chef im Urlaub ist, sorgen Mitarbeiterinnen wie Jaqueline Stein dafür, dass die Küche im Haus der Caritas nicht kalt bleibt. Natürlich hat die Beiköchin auch ein Rezept, das sie in der Spectrum-Küche am liebsten kocht: Geschnetzeltes. „Ich mache das sehr gerne mit Hühnerfleisch. Wenn ich das koche, läuft mir schon am Herd das Wasser im Mund zusammen“, sagt die angehende Köchin.

Lieblingsrezept:

Geschnetzeltes mit Hühnerfleisch

Die Ausbildung, der berufsbegleitende Unterricht und die Betreuung durch den Sozialdienst von Spectrum haben Jaqueline Stein gutgetan. Zwar habe sie vor der Prüfung schlaflose Nächte gehabt, doch die Betreuung habe ihr Sicherheit und Selbstbewusstsein gegeben. Schriftlich schloss sie die Prüfung mit „3“ ab, in der praktischen Prüfung gab es sogar eine „2“. Nun geht Jaqueline Stein den nächsten Schritt. *Christian Heidrich*



Foto: Heidrich



Große Reform

Die Diskussion um ein neues Behindertenrecht gewinnt an Fahrt

Schon seit Jahrzehnten wird über die Notwendigkeit eines Bundesteilhabegesetzes für Menschen mit Behinderung diskutiert. Der Fallzahl- und Kostenanstieg in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung und die zunehmend finanziell prekäre Situation der Kommunen führten zu der Forderung nach einem „Umsteuern“ in der Eingliederungshilfe unter fachlichen und finanziellen Gesichtspunkten.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat nun angekündigt, im Herbst 2015 einen Referentenentwurf vorzulegen. Die Verabschiedung des Gesetzes ist für Sommer 2016 geplant. Das Gesetz soll am 1. Januar 2017 in Kraft treten, wenn die Beratungen im Bundestag und Bundesrat rechtzeitig abgeschlossen werden. Da die finanzielle Entlastung der Kommunen vom Bundesteilhabegesetz inzwischen abgekoppelt wurde, wird sich die Reform auf bestimmte Kernpunkte konzentrieren, die im aktuellen Abschlussbericht des BMAS zum Beteiligungsverfahren vom 30. März 2015 wie folgt erörtert wurden:

1. Weiterentwicklung des Behinderungsbegriffs

Der leistungsberechtigte Personenkreis der Eingliederungshilfe soll durch eine Neudefinition des Behinderungsbegriffs bestimmt werden. Der Behinderungsbegriff im SGB IX soll neu UN-BRK-konform und ICF-orientiert angepasst werden. Für den Zugang zu Leistungen der Eingliederungshilfe ist vorgesehen, „in einer zweiten Definitionsstufe“ den Behinderungsbegriff in der Eingliederungshilfe – neu – im Sinne der „wesentlichen Teilhabebeeinträchtigung“ anzupassen.

2. Neue Zuordnung der Leistungen der Eingliederungshilfe

Durch das Bundesteilhabegesetz soll die Eingliederungshilfe (EGH) aus dem „Fürsorgesystem“ herausgelöst werden und Leistungen unabhängig von Wohnort und Wohnortform gewährt werden, d. h., die Fachleistungen der EGH sollen von Leistungen zum Lebensunterhalt getrennt bewilligt werden. Die konkrete Zuordnung von Leistungen und die Regelung über den „Mehraufwand“ bzw. „Mehrbedarf“ bei Leistungen zum Lebensunterhalt und Leistungen der EGH sind noch nicht geklärt.

3. Bundeseinheitliches Verfahren zur Bedarfsermittlung und -feststellung

Die Eingliederungshilfe soll sich künftig auf die Fachleistungen konzentrieren, die den Bedarf decken sollen. Der Bedarf soll in einem partizipativen und bundeseinheitlichen Verfahren ermittelt und festgestellt werden. Für das Verfahren sollen bundeseinheitliche Kriterien zur Verbesserung im Sinne der Leistungsberechtigten eingeführt werden. Die Instrumente zur Bedarfsermittlung und -feststellung bleiben weiterhin unterschiedlich.

4. Flexibilisierung der Angebote zur Teilhabe am Arbeitsleben

Künftig soll die Teilhabe am Arbeitsleben auch bei „anderen Leistungsanbietern“ sowie im Rahmen des „Budgets für Arbeit“ mit einer Rückkehroption in die Werkstatt ermöglicht werden.

5. Neue Regelungen im Vertragsrecht/Leistungserbringerrecht

Die Position der Leistungsberechtigten soll verbessert werden. Das Vertragsrecht soll sich auf die Fachleistungen beziehen. Die Leistungserbringung im sozialrechtlichen Dreieck soll beibehalten werden. Gleichzeitig soll die Steuerungsfunktion der Leistungsträger gestärkt werden, z. B. Durchführung von Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen, Kürzung der Vergütung als Folge von Verletzung von vertraglichen und/oder gesetzlichen Pflichten (und ggf. Einführung einer jährlichen Berichtspflicht).

6. Prüfung der Möglichkeiten unabhängiger Beratung

Ein erhöhter Bedarf an Beratung und die Notwendigkeit von Qualitätsstandards für Beratungsleistungen werden bestätigt. Die Schaffung eines unabhängigen Beratungsangebotes (z. B. auch durch Peer Counseling) wird geprüft.

7. Überprüfung der Einkommens- und Vermögensanrechnung

Die Bedürftigkeitsprüfung von Leistungen der Eingliederungshilfe wird als „schrittweises Vorgehen“ (z. B. durch Erhöhung des bisherigen Freibetrages) geprüft.

8. Offene Punkte sind weiterhin:

- Die „Große Lösung“ für Leistungen für Kinder mit Behinderung im SGB VIII, die in der Zwischenzeit als Reform des SGB VIII vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend als „inklusive Lösung“ verfolgt wird.
- Aufhebung der Schnittstelle zwischen der Pflege und der Eingliederungshilfe sowie die Klärung der häuslichen Krankenpflege in Einrichtungen der Eingliederungshilfe. Der CBP hat einen offenen Brief an Bundesminister Hermann Gröhe (CDU) zu dieser Thematik verschickt.

Für alle Regelungen gilt, dass „die Neuorganisation der Ausgestaltung der Teilhabe zugunsten der Menschen mit Behinderung so geregelt wird, dass daraus keine neue Ausgabendynamik entsteht“, wie es im Abschlussbericht wörtlich heißt.

Der Bundesverband Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie (CBP) hat umfassend zu Bedarfsermittlungsverfahren, zu Teilhabe am Arbeitsleben, zum Leistungserbringerrecht und zum Abschluss des Beteiligungsverfahrens zum Bundesteilhabegesetz Stellung genommen. Alle Stellungnahmen können unter www.diefachverbaende.de eingesehen werden. ◀

Janina Bessenich, stellv. Geschäftsführerin des Bundesverbandes Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie (CBP)

Kontakt: janina.bessenich@caritas.de

Die Teilhabeampel zeigt Gelb!

Das Bundesteilhabegesetz wird also kommen. Die Caritas in NRW bewertet das Gesetzesvorhaben insbesondere unter dem Aspekt der erwarteten Auswirkung auf Menschen mit wesentlichen Behinderungen, das sind die Menschen, die Anspruch auf Eingliederungshilfe haben.

Mit Sorge musste in den letzten Jahren festgestellt werden, dass die bedarfsdeckende Versorgung von Menschen mit Behinderung – aufgrund finanzieller Rahmenbedingungen und nicht auskömmlicher Vergütungen für die Leistungen der Einrichtungen und Dienste – zunehmend gefährdet ist. Vor dem Hintergrund der beschlossenen finanziellen Entlastung der Kommunen durch den Bund kann von den Kommunen in NRW nun zu Recht erwartet werden, Sorge dafür zu tragen, dass die Landschaftsverbände ausreichend mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden, damit sie ihrem Auftrag als Leistungsträger für die Teilhabeleistungen im Bereich Wohnen und Arbeit angemessen nachkommen können. Die finanziellen Mittel des Bundes sind dabei in vollem Umfang für die Kosten der Teilhabe-Leistungen einzusetzen. An die Landschaftsverbände ist die Erwartung zu richten, dass die gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit Behinderung am Leben in der Gesellschaft und am Arbeitsleben flächendeckend gesichert wird. Sie haben Sorge zu tragen für ausreichend wohnortnahe Wohn-, Beschäftigungs- und Betreuungsangebote. Es ist nicht akzeptabel, dass der Ausbau von Angeboten zum gemeinschaftlichen Wohnen oder erforderliche Werkstattplätze aufgrund finanzieller Aspekte „weggesteuert“ werden. Zentral wird auch sein, ob es gelingt, das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderung gesetzlich zu verankern und eine qualitativ gute, der Person gegenüber zu verantwortende Beratung vorzuhalten. Die Finanzierung dieser Beratung muss gesichert sein; Formen der Beratung (z. B. Peer-Beratung) und andere unterstützende Maßnahmen zur Umsetzung der Rechtsansprüche (individuelle rechtliche Beratung) sollten geprüft und erprobt werden. Gesetzesänderungen bergen Chancen und Risiken. Im Bereich des heuti-

gen stationären Wohnens liegt der neuralgische Punkt bei der zu begrüßenden Trennung von Fachleistung der Eingliederungshilfe von den Leistungen zum Lebensunterhalt. Die Gefahr, dass erforderliche Leistungen für eine umfassende Bedarfsdeckung nicht mehr finanziert werden, ist groß. Mit Hochdruck muss deshalb gefordert werden, dass eine unabhängige wissenschaftliche Organisation beauftragt wird, die Abgrenzungsverfahren aufzuarbeiten und zu klären. Langjährige Übergangsregelungen für heute stationäre Einrichtungen werden notwendig sein, um eine neue Finanzierungssystematik einzuführen. Hinweise zu einer möglichen Gestaltung einer personenorientierten Vergütungssystematik liegen aus einem Modellprojekt des Diözesan-Caritasverbandes Paderborn vor.

Flexibilisierte Angebote zur Teilhabe am Arbeitsleben werden Auswirkungen haben auf die Beschäftigten in den Werkstätten, auf die wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten der Werkstätten und die damit verbundenen Arbeitsentgelte. Diese Auswirkungen müssen stärker in den Blick genommen werden und Anpassungen hinsichtlich Konzeptionen und Finanzierung geprüft werden. Wesentliche Stichworte sind hier: Wegfall des Kriteriums wirtschaftlich verwertbarer Arbeit, Grundlohn, Arbeitsförderungsgeld, Höhe der Erwerbsminderungsrente etc.

Es lässt sich derzeit schwer abschätzen, wie sich die Gesetzesänderung auswirken wird. Neben einer kritischen Begleitung durch die Organisationen der Menschen mit Behinderung, deren Angehörige und die Fach- und Wohlfahrtsverbände braucht es auch ein gesetzlich verankertes Monitoring, eine Forderung die spätestens nach Vorliegen des Referentenentwurfes eingebracht werden sollte. Ein themenspezifisches Monitoring zum Beispiel in Bezug auf Umsetzung des Wunsch- und Wahlrechts, bedarfsdeckende Leistungsgewährung, Lösung von Schnittstellenproblemen zu anderen Leistungsgesetzen ständen der Caritas gut zu Gesichte.

Noch ist nicht klar, in welche Richtung die Ampel umspringen wird, von Gelb zu Grün oder von Gelb zu Rot. Ein Gelb im Dauerblinklicht wird aber nicht akzeptabel sein. ◀

Michael Brohl, Themenkonferenz Behindertenhilfe der Caritas in NRW

Impressum

„Caritas in NRW“
Lindenstraße 178
40233 Düsseldorf
Telefon: 02 11 / 51 60 66-20
Telefax: 02 11 / 51 60 66-25
E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de
<http://www.caritas-nrw.de>

Herausgeber: Diözesan-Caritasverbände von Aachen, Essen, Köln, Münster, Paderborn, vertreten durch Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen

Chefredakteur: Markus Lahrmann
Redaktionssekretariat: Kevin Jandrey
Redaktion:
Christoph Grätz, Michael Kreuzfelder (Essen)
Markus Harmann, Dagmar Gabrio (Köln)
Heinz-Gert Papenheim
(Recht-Informationsdienst, Köln)
Jürgen Sauer (Paderborn)
Christian Heidrich (Aachen)
Harald Westbeld (Münster)

Layout: Alexander Schmid
Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn
Anzeigenverwaltung:
Bonifatius GmbH,
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn
Karl Wegener
Telefon: 0 52 51 / 1 53-2 20
Telefax: 0 52 51 / 1 53-1 04
E-Mail: karl.wegener@bonifatius.de
Anzeigenverkauf: Harald Thomée
Verkaufspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Gedruckt auf Bilderdruck-Papier, hergestellt aus 100% chlorfrei gebleichten Faserstoffen.

ISSN 1617-2434



Vertraut und zugleich fremd

Ein Blick auf 100 Jahre Caritas-Geschichte

Von Jürgen Sauer

Es „nullt“ bei der Caritas: Viele diözesane Caritasverbände können ihr 100-jähriges Bestehen feiern. Den Auftakt macht am 8. Dezember der Caritasverband für das Erzbistum Paderborn, es folgen 2016 die Diözesanverbände in Köln und Münster. Die Gründungswelle vor 100 Jahren steht – wie könnte es anders sein – im engen Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg.

Unter dem Eindruck dieser europäischen Ur-Katastrophe hatten sich damals die deutschen Bischöfe entschlossen, die vielen zersplitterten Caritas-Einrichtungen und -Initiativen zu diözesanen Organisationen zusammenzufassen. Ziel war es, eine bessere Koordination der untereinander isolierten Einrichtungen und Dienste zu erreichen, aber auch dem Staat gegenüber einheitliche Dachorganisationen im katholischen Bereich zu bieten. Die Gefahr war im Ersten Weltkrieg durchaus gegeben, dass die katholische Kirche auf dem Feld der Sozialfürsorge ausgebootet werden könnte. Erste Anzeichen, dass der Staat den „Wildwuchs“ an privaten und allerlei dubiosen patriotischen Wohltätigkeitsinitiativen reglementieren wollte, gab es bereits 1914. Für

das damalige vorkonziliare Kirchenverständnis spielte auch die Befürchtung der Bischöfe eine Rolle, dass katholische und evangelische Hilfsorganisationen zwangsverschmolzen werden könnten.

Stimmungswandel bei den Bischöfen

Alles schien möglich in einer Welt, die aus den Fugen geraten war, in einem Staat, der Millionen Männer an die Front schickte und dabei in Kauf nahm, dass Frauen und Kinder zu Hause unversorgt blieben. Und dies nicht für wenige Wochen oder Monate wie in früheren Kriegen, sondern für Jahre, häufig für immer. Auf einen Schlag gab es mehrere Millionen „Sozialfälle“ in Deutschland.

Diese beispiellose Situation schrie förmlich nach Koordination. Hatte dies nicht bereits seit 1897 der Deutsche Caritasverband für die sozialen Aktivitäten der katholischen Kirche gefordert? Doch so eifrig dessen Gründer Lorenz Werthmann mit glänzenden Caritas-Tagen und einer beachtlichen Publizistik auch agiert hatte, es gelang dem Freiburger Prälaten bis zum Ersten Weltkrieg nicht, die Mehrheit der deutschen Bischöfe von seinen Ideen einer einheitlichen Caritasorganisation zu überzeugen – schon gar nicht von einer „Unterordnung“ unter einen „nationalen“ Caritasverband.

Deutlich größeren Einfluss sollte der Jesuitenpater Constantin Noppel erhalten. Der Theologe arbeitete nach einem Studium der Soziologie noch vor dem Ersten Weltkrieg mit verwahten und straffällig gewordenen Jugendlichen in Berlin. Seine „Denkschrift über den Ausbau der katholischen Caritasorganisation“ (1915) sorgte bei der Fuldaer Bischofskonferenz im Juni 1915 für den Stimmungswandel und die Anerkennung des Deutschen Caritasverbandes als Dachverband.

Eines der ersten Fotos von Laien als professionellen „Caritältern“ im Einsatz: 120 Mitarbeiter umfasste die Kirchliche Kriegshilfe der deutschen Bischöfe in Paderborn. Das Hilfswerk für Kriegsgefangene beider Seiten war im Ersten Weltkrieg die erste caritative Initiative des Paderborner Bischofs und späteren Kölner Kardinals Karl Joseph Schulte.

Foto aus: In Obsequium Christi. Gedenkausstellung des Historischen Archivs des Erzbistums Köln zum 50. Todestag von Karl Joseph Kardinal Schulte am 10. März 1991, S. 37



Der erste Bischof, der bereits ein halbes Jahr später über einen Diözesan-Caritasverband als Gliederung verfügte, war der junge Paderborner Oberhirte Karl Joseph Schulte (1871-1941). Er hatte bereits im Januar 1915 ein heute fast vergessenes caritatives Projekt ins Leben gerufen: einen Vermisstensuchdienst für deutsche und „feindliche“ Kriegsgefangene. Diese „Kirchliche Kriegshilfe“ weitete ihre Arbeit bald auf nationaler Ebene aus. 120 Mitarbeiter arbeiteten allein 1918 im Auftrag des Bischofs in diesem Hilfswerk. Sie konnten bis zum Kriegsende fast 100 000 Soldatenschicksale klären.

Kein Konzern, sondern Vielfalt

Der Paderborner Bischof lud, ohne sich groß mit Lorenz Werthmann abzustimmen, für den 8. Dezember 1915 zur Gründungsversammlung des Diözesan-Caritasverbandes nach Dortmund ein. 600 Vertreter caritativer Vereine und Institutionen aus dem ganzen Bistum füllten den Pfarrsaal der St.-Josephs-Gemeinde in der Nordstadt. Pater Noppel hielt das Hauptreferat und schloss mit einem äußerst modern klingenden Satz: „Wir wollen keine Bettelsuppen geben, sondern helfen, dass möglichst wenige danach verlangen müssen.“

Über Ziele und Aufgaben des neuen Diözesan-Caritasverbandes gab es deutliche Differenzen zwischen Schulte und Werthmann. Während der Deutsche Caritasverband sich als große Gemeinschaft von Institutionen und Einzelpersonen als Mitgliedern verstand, wollte Schulte einen reinen Spitzenverband von selbstständig agierenden Caritasträgern. Der diözesane Caritasverband sorgte zwar für die Anbindung an die kirchliche Autorität, versprach aber seinen Mitgliedsträgern weitgehende Unabhängigkeit, leistete lediglich Unterstützung und die nötige Koordination, „so dass keine Bedürfnisse übersehen werden, aber auch in derselben Sache keine zweifache und darum unnötige Arbeit geschehe“, wie Schulte es formulierte.

Damit ist seit 100 Jahren eine Struktur vorgegeben, die auch heute die verbandliche Caritas in den meisten deutschen Bistümern prägt: Der an den Bischof angebundene diözesane Dachverband vereint ein buntes Geflecht an katholisch-caritativen Trägern wie die Orts- und Kreis Caritasverbände, die Fachverbände und korporativen Mitglieder. Allein im Erzbistum Paderborn sind es (ohne Pfarrgemeinden) 217 Träger mit über 1 500 Einrichtungen. Der Caritasverband ist von Anfang an von Vielfalt geprägt, ein „Konzern“ war er nie. Was fällt auf, wenn man sich als heutiger „Caritäter“



Bildung statt Almosen: Körperbehinderte Menschen hatten im 19. Jahrhundert kaum Chancen, einen Beruf zu erlernen. Das Josefsheim in Bigge war die erste katholische Initiative, um Betroffene nachhaltig zu fördern. Das Foto zeigt die Schuhmacherwerkstatt in den 1920er-Jahren.

Foto: Josefsgesellschaft

mit Caritasgeschichte beschäftigt? Zunächst ist es die kurze Zeitspanne, in der alle heute noch agierenden Träger der verbandlichen Caritas gegründet wurden: die zweite Hälfte des 19. und der Beginn des 20. Jahrhunderts. Es war die Blütezeit des Sozialkatholizismus. Nachdem die katholische Kirche lange mit den gesellschaftlichen Umbrüchen des neuen Industriezeitalters gehadert hatte, nahm jetzt die Gestaltung der „sozialen Frage“ Fahrt auf. Personen wie der Priester und Sozialreformer Franz Hitze (1851-1921) beeinflussten die Sozialgesetzgebung.

Neue „tätige“ Ordensgemeinschaften schossen ebenso wie Pilze aus dem Boden wie von Laien getragene caritative Vereine oder Einrichtungen. Im Ruhrgebiet wurde um die Jahrhundertwende praktisch jeden Monat ein katholisches Krankenhaus eröffnet. 1913 zählte man allein im Bistum Paderborn 112 katholische Kliniken. Ohne Ordensleute wäre dies nicht möglich gewesen. Sie bildeten ein quasi unerschöpfliches (und kostengünstiges) Personalreservoir, das es Vereinen und anderen katholischen Initiativen ermöglichte, stationäre Einrichtungen zu betreiben. Laut Paderborner Caritas-Statistik waren 1947 über 7 000 Ordensangehörige in caritativen Einrichtungen tätig. Heute sind es noch rund 150.

Berufungserlebnisse

Was fällt noch auf? Viele „Gründungsgeschichten“ haben einen religiösen Bezug und damit einen sehr persönlichen Hintergrund. Agnes Neuhaus hat 1899 ihr „Berufungserlebnis“ auf der „Polizeistation“ des Dortmunder Stadt-Krankenhauses, so nannte man die Station, zu der die Polizei schwangere oder geschlechtskranke Frauen brachte, die sie auf der Straße aufgegriffen hatte, in der Regel Prostituierte. Die wohlhabende Bürgerstochter, die eher beiläufig mit einer Bekannten dieses Krankenhaus besuchte, verlässt zutiefst verstört ▶



Die unmittelbare Nachkriegszeit: Die „hohe Zeit“ der Caritas ist geprägt durch die Betreuung von Vertriebenen und Flüchtlingen. Der Diözesan-Caritasverband Paderborn hatte hierfür ein eigenes Hilfswerk gegründet, die Katholische Osthilfe.

Foto: Walter Nies/Stadthausarchiv Lippstadt 687 g 079

- ▶ die Klinik. Ihr erster Weg führt zum Gebet in die katholische Propsteikirche. Danach verändert sich ihr Leben. Sie gründet schließlich den heutigen Sozialdienst katholischer Frauen (SkF).

Geschlossenes katholisches Milieu

Wenige Jahre später erlebte der Priester Heinrich Sommer an einer Fährstation bei Koblenz sein „Berufungserlebnis“. Ein junger, verkrüppelter Mann fiel dem Geistlichen auf. Im Gespräch mit ihm wurde Sommer klar, dass er einen hochintelligenten Menschen vor sich hatte, für den es nur zu einem Aushilfsjob gereicht hatte. Eine Berufsausbildung für Körperbehinderte gab es damals nicht. Sommer ließ die Sache nicht mehr los, er warb Gleichgesinnte für seinen Plan und gründete 1904 im sauerländischen Bigge mit der Josefs-Gesellschaft und dem Josefsheim das erste katholische Reha- und Ausbildungsangebot für Körperbehinderte.

Neben einer religiösen Motivation gab es auch das Gefühl, sich als Katholiken in diesem neuen und geeinten deutschen Staat „beweisen“ zu müssen. Im preußischen Kulturkampf (1871-1878) waren Katholiken als rückständig und bildungsfern öffentlich diskreditiert



Müttergenesung in den 1950er-Jahren

Foto: Archiv Diözesan-Caritasverband Paderborn

worden. Während die staatstreue evangelische Kirche im diakonischen Bereich „vorpreschte“, stand man im katholischen Bereich vielfach mit leeren Händen da. Auch die Josefs-Gesellschaft oder der Verein für Katholische Arbeiterkolonien in Westfalen beziehen sich bei ihrer Gründung u. a. auf bereits bestehende evangelische Einrichtungen. Da mussten eigene Angebote für die notleidenden katholischen Glaubensbrüder und -schwestern her!

Das streng konfessionelle Denken erklärt sich aus dem uns heute fremd erscheinenden geschlossenen katholischen Milieu. Die Kirche bot ihren Mitgliedern alles: Kindererziehung, Schulen, Bibliotheken, Angebote zur Berufsausbildung, Freizeitgestaltung, Heiratsvermittlung, Tageszeitungen etc. Selbst die Stellenvermittlung für „Mädchen vom Lande“ funktionierte dank des Kath. Mädchenschutzvereins (heute IN VIA) in einem geschlossenen System: Vom Beratungsgespräch im Heimatdorf bis zum Wohnheim in der Großstadt bewegte man sich nur auf „katholischem Boden“. Das dahinterstehende Menschenbild hatte stets die ewige Bestimmung im Blick. „Zweck der Caritas und Jugendpflege ist, durch selbstlose Mitarbeit am Erlösungswerke des Heilandes die Seelen der Gefährdeten (...) vor dem Untergang zu bewahren“, heißt es 1926 in den Statuten der Schwestern vom göttlichen Kinderfreund (heute Schwestern zum Zeugnis der Liebe Christi) aus Hattingen-Bredenscheid.

Längst vergessene Arbeitsfelder

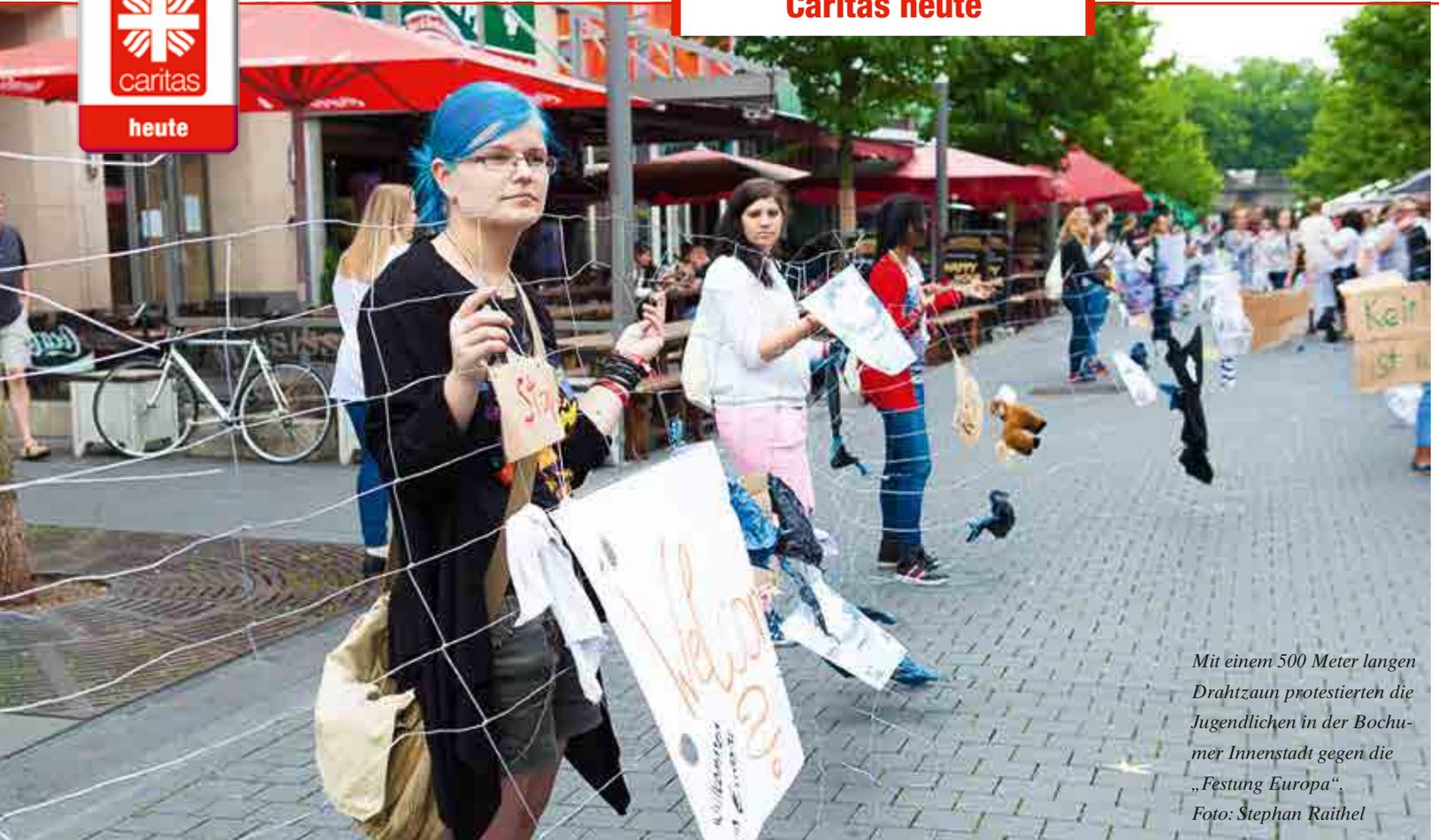
Weltfremd war die caritative Arbeit dennoch nicht. Dafür sorgten schon die Katastrophen wie Erster Weltkrieg oder Verelendung breiter Schichten in der Weimarer Republik durch Inflation und Weltwirtschaftskrise. Staunend stehen wir vor längst vergessenen Arbeitsfeldern wie der Wandererfürsorge. Damit waren die differenzierten Hilfen für umherziehende Arbeitslose gemeint. Das System umfasste neben den großen Arbeiterkolonien auch Wanderarbeitsstätten, in denen die Betroffenen Unterkunft, Verpflegung und bescheidene Arbeitsmöglichkeiten erhielten.

Der heutige bundesdeutsche Sozialstaat lässt die damalige institutionelle Caritas fremd und gleichzeitig faszinierend erscheinen. Transformationsprozesse in Kirche und Gesellschaft haben seit den 60er-Jahren ein Übriges getan, diese Zeit deutlich entfernt erscheinen zu lassen. Geblieben sind faszinierende Geschichten von „Caritätären“, von denen man sich wünscht, dass sie noch möglichst lange erzählt werden. ◀



Nächstenliebe ist Gottesliebe. Die Liebe („Caritas“) wird in der Kunst häufig als Mutter dargestellt, die Kinder an sich drückt, ihnen die Brust gibt, sie nährt. Die italienische Künstlerin Vanessa Beecroft hat dieses Motiv der stillenden Mutter aufgegriffen. Ihr Bild hängt in der großartigen Ausstellung „CARITAS. Nächstenliebe von den frühen Christen bis zur Gegenwart“ (noch bis zum 13. Dezember). Die Schau im Paderborner Diözesanmuseum ist in erster Linie eine Kunstausstellung, geht aber auch auf die Geschichte der verbandlichen Caritas, insbesondere des Diözesan-Caritasverbandes Paderborn, ein. Unbedingt empfehlenswert! Nähere Infos: www.caritas-ausstellung.de

Vanessa Beecroft, Weiße Madonna mit Zwillingen, aus der Sudan-Serie 2006, Courtesy Galleria Lia Rumma



Mit einem 500 Meter langen Drahtzaun protestierten die Jugendlichen in der Bochumer Innenstadt gegen die „Festung Europa“. Foto: Stephan Räthel

Flashmob für Flüchtlinge

Mit einer Willkommens-Werkstatt hat „youngcaritas“ Jugendliche für einen Einsatz für Flüchtlinge fit gemacht

Sie stehen im Weg. Mitten in der Fußgängerzone. Mit einem Drahtzaun versperren Jugendliche den Durchgang. Fußgänger, Fahrradfahrer, Familien, Teenies mit Einkaufstüten stehen vor dem blitzartig hochgezogenen Zaun, laufen an ihm entlang, lesen, was auf den Schildern steht: „Ihr kommt hier nicht rein.“ „Festung Europa“. „Lebst du schon oder flüchtest du noch?“

Ein Passant klatscht, mehrere beschwerten sich lautstark. Die Polizei taucht auf. Eine Passantin bahnt sich den Weg durch den Drahtzaun, schubst eine Jugendliche aus dem Weg. Mit einem Smartmob haben 80 Jugendliche aus ganz Deutschland ein Zeichen ihrer Solidarität mit Flüchtlingen gesetzt. Mehr noch. Das „Refugees Welcome Lab“ ist für viele Jugendliche der Auftakt zu einem persönlichen Einsatz für Flüchtlinge.

Vier Tage lang haben sich die 18- bis 26-Jährigen in der Willkommens-Werkstatt von „youngcaritas“ über das Thema Flucht informiert, sie haben Flüchtlinge und Hilfsprojekte kennengelernt und gemeinsam überlegt, was sie tun können. Tanzen, Singen, Kicken: Auch das Feiern kam nicht zu kurz. Am Samstagabend gab es am Bochumer TheaterTotal eine spontane Party mit

50 Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen aus der benachbarten Flüchtlingsunterkunft. Eine Graffiti-Aktion in Bochum (s. S. 32) war eine von fünf Exkursionen, bei denen die Jugendlichen in ganz NRW mit Flüchtlingen und Flüchtlingshelfern zusammenkamen. Sie trafen Menschen, die sich um Flüchtlinge kümmern, und solche, die sie ablehnen: „Da hat sich ein Anwohner an einer Flüchtlingsunterkunft über Kinderlärm nach 22 Uhr beschwert – direkt neben dem Flughafen Düsseldorf, wo bis Mitternacht Flieger starten und landen“, wunderte sich Cedrik Lukat, ein 25-jähriger Teilnehmer aus Herten.

„Das war ’ne richtig coole Aktion“, bilanzierte Isabella aus Hückeswagen bei Gummersbach das „Welcome Lab“. „Zu sehen, dass es auch andere in meinem Alter gibt, die sich die gleichen Fragen stellen und was für Flüchtlinge machen wollen, find ich super. Das sollte es auf jeden Fall öfter geben.“

Veranstalter des „Refugees Welcome Lab“ waren „youngcaritas Deutschland“ und die NRW-„youngcaritas“-Projekte der (Erz-)Bistümer Münster, Essen, Köln und Paderborn. „youngcaritas“ fördert bundesweit das soziale Engagement junger Menschen. ◀

Michael Kreuzfelder



Enormes Energiesparpotenzial

Foto: Fotolia/monropic

Caritas wirbt bei Politik für Fortführung des Stromsparchecks

Marion P. war begeistert, als sie ihre Jahresendabrechnung in den Händen hielt. Mit Hilfe des Stromsparchecks hatte sie erhebliche Einsparungen erzielt. Sie verbrauchte deutlich weniger Wasser und fast 600 Kilowattstunden weniger Strom. Seit 2009 berieten ehemals langzeitarbeitslose Mitarbeiter des Rheinischen Vereins für Katholische Arbeiterkolonien in der Städteregion Aachen 3 000 einkommensschwache Haushalte.

Sie gaben den Verbrauchern Energiespartipps und installierten energiesparende Leuchten mit teilweise erheblichen Einsparungen. Das erfolgreiche Projekt Stromsparcheck läuft noch bis März 2016. Eine Fortführung scheint möglich und wurde jüngst mit dem Bundestagsabgeordneten Oliver Krischer (Bündnis 90/Die Grünen), Ingrid von Morandell (Städteregion Aachen, Bündnis 90/Die Grünen) und Julia Brock (Energie-Agentur.NRW) im Haus der Caritas diskutiert.

Die Mitarbeiter des Stromsparchecks installieren je Haushalt Soforthilfen wie Energiesparlampen, Wassersparduschköpfe im Wert von durchschnittlich 66 Euro kostenfrei. „Das Energiesparpotenzial ist enorm! Wir haben Haushalte beraten, da wurden bis zu 1 000 Euro im Jahr eingespart. Aber auch die Kommunen sparen durchschnittlich mehr als 150 Euro pro Jahr bei jedem besuchten Haushalt!“, erklärt Walter Moede, Koordinator des Stromsparchecks beim Rheinischen Verein. Das Projekt ist eine Win-win-Situation für alle Beteiligten. Es werden langzeitarbeitslose Menschen qualifiziert und mit einer sinnvollen Tätigkeit sozialversiche-



rungspflichtig beschäftigt. Und gleichzeitig können einkommensschwache Haushalte Geld, welches dringend benötigt wird, sparen.

Problematisch gestaltet es sich allerdings, von den

Jobcentern Förderung für langzeitarbeitslose Menschen zu bekommen. Diese ist von den Jobcentern immer befristet und die Anzahl der geförderten Stellen begrenzt. „Hier gilt es für alle Beteiligten, nach geeigneten Lösungen zu suchen, wie die Stellen beim Stromsparcheck neu besetzt werden können“, sagt Roman Schlag vom Caritasverband. Die Zusammenarbeit zwischen Verbraucherschutzministerium und Arbeitsministerium müsse dahingehend gestaltet werden, so Schlag, dass die Jobcenter auch geförderte Langzeitarbeitslose für die Arbeit im Stromsparcheck zur Verfügung stellen könnten. „Mit dem Projekt wird deutlich, dass Umweltpolitik, Arbeitsmarktpolitik und Sozialpolitik einander bedingen“, sagt Walter Moede vom Rheinischen Verein. „Es ist toll, dass es den Stromsparcheck gibt. Es ist schön zu sehen, dass Sie wirklich etwas bewegen – in der Einstellung der Menschen, in der Kohlendioxid-Einsparung und dass arbeitsmarktpolitisch Menschen eine Perspektive geboten wird“, sagte Oliver Krischer und versprach, die Anliegen in Berlin nochmals deutlich vorzubringen. ◀

Sozialer Auftrag in der Welt

Aachener Generalvikar Dr. Andreas Frick besucht das Haus der Caritas

Der Aachener Generalvikar Dr. Andreas Frick hat die Bedeutung der Caritas für die Kirche im Bistum Aachen unterstrichen. Bei seinem ersten Besuch im Haus der Caritas nach seiner Ernennung zum Generalvikar sagte Frick, gerade in Zeiten, in denen viele Flüchtlinge nach Deutschland kämen, erfülle die Caritas die Aufgabe, diese Menschen willkommen zu heißen und ihnen zu verdeutlichen, dass sie für die Flüchtlinge und ihre Anliegen da sei.

Frick, der von Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders begrüßt worden war, sagte, die Caritas dürfe niemals diejenigen aus dem Blick verlieren, die auch heute unter vielfältiger Not litten. Er erinnerte an die Einweihung des Hauses der Caritas im Jahr 1982 durch

Bischof Klaus Hemmerle. Damals habe Hemmerle von der verdeckten Not der Menschen gesprochen und als Beispiele die Sinn-, Kommunikations- und Überforderungsnot genannt. Diese Beispiele, so Frick weiter, seien seiner Meinung nach heute noch genauso aktuell wie vor mehr als 30 Jahren.

Angesichts der Umbrüche in der Welt – Frick nannte unter anderem die Krise in der Ukraine und die Probleme in Europa – sei es für Christen und die Caritas wichtig, ihren sozialen Auftrag in der Welt wahrzunehmen. Die Caritas müsse sich der Wirklichkeit stellen und aus christlicher Verantwortung heraus Antworten geben. Er setze bei der Bewältigung der großen Herausforderungen im Bistum Aachen auf eine enge Kooperation des Generalvikariats und der Caritas. ◀



Er setzt unter anderem bei der Betreuung von Flüchtlingen im Bistum Aachen auf die Caritas: der neue Aachener Generalvikar Dr. Andreas Frick. Foto: DiCV Aachen

Nicht Fall, sondern Mensch

Fachtag der Diözesanarbeitsgemeinschaft der katholischen Krankenhäuser in Krefeld

Krankenhäuser in Deutschland werden sich wegen des demografischen Wandels auf mehr Patienten und auch auf mehr geriatrische Patienten einstellen müssen. Das sagte der Aachener Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders bei der Fachtagung Geriatrie der Diözesanarbeitsgemeinschaft der katholischen Krankenhäuser im Bistum Aachen (DiAG Krankenhäuser) in Krefeld

Bei allen Veränderungen, die diese Entwicklung mit sich bringe, müssten sich die geriatrischen Abteilungen der katholischen Krankenhäuser angesichts steigender Patientenzahlen vergegenwärtigen, dass mit jedem Patienten „keine Diagnose oder kein Fall, sondern ein Mensch in die Abteilung kommt“. Der Diözesan-Caritasverband (DiCV) sehe seine Aufgaben darin, die Kliniken dabei zu unterstützen, die Anforderungen des Geriatrie-Konzepts im Krankenhausplan NRW 2015 umzusetzen.

Prof. Dr. Andreas Wittrahm, Leiter des Bereichs Facharbeit und Sozialpolitik des DiCV Aachen, sagte, dass es angesichts des demografischen Wandels immer schwieriger werde, genügend Pflegekräfte für alte Menschen zu finden. Die Krankenhäuser müssten sich darauf einstellen, dass künftig das Alter das Gesicht des Gesundheitswesens prägen werde. Wittrahm warb dafür, statt von einer alternierenden Gesellschaft von einer Gesellschaft des langen Lebens zu sprechen. Je älter die Menschen würden, desto höher werde der Bedarf an Krankenhausleistungen. Das könne zu Engpässen führen, vor allem bei der Betreuung der Patienten. „Wo nehmen wir die Menschen her, die künftig den Pflegedienst leisten?“, fragte Wittrahm. Diese Herausforderungen könnten nur bewältigt werden, wenn es gut aufeinander abgestimmte Kooperationen gebe. ◀



Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders versprach den katholischen Krankenhäusern Unterstützung bei der Umsetzung des Geriatrie-Konzepts im Krankenhausplan 2015. Foto: DiCV Aachen



Prof. Dr. Holger Ziegler von der Universität Bielefeld forderte die Politik auf, bei der Gestaltung der Jugendhilfe in Deutschland nicht der Logik des Sparens zu folgen. Foto: DiCV Aachen

Fachkräfte hochwirksam

Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Einrichtungen der Erziehungshilfen

Die Gestaltung der Jugendhilfe in Deutschland muss einer anderen Logik folgen als der des Sparens. Das sagte Holger Ziegler, Professor für Soziale Arbeit an der Universität Bielefeld, bei der Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Einrichtungen der Erziehungshilfen (AGKE) im Bistum Aachen.

Es sei falsch, wenn mancher Kämmerer oder Oberbürgermeister unter dem Deckmantel der Steigerung von Effektivität und Effizienz letztlich das Ziel darin sehe, die erzieherischen Hilfen billiger zu machen und vor allem die Zahl der Fälle zu reduzieren. Es spreche alles dafür, „den Fokus wieder auf die tatsächliche Herausforderung zu legen, nämlich auf die Erhöhung der professionellen Qualität der Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe“, sagte Ziegler.

In der aktuellen Jugendhilfepolitik steht die Frage der Steuerung der Kinder- und Jugendhilfe wieder im Mittelpunkt. Dabei werden kontroverse Debatten geführt, in deren Mittelpunkt die Entwicklung der Fallzahlen und Ausgaben für die Hilfen zur Erziehung (HzE) steht. In der Tat ist es nicht zu bestreiten, dass Fallzahlen und Ausgabenhöhe in den Hilfen zur Erziehung auf ein bislang nicht gekanntes Ausmaß gestiegen sind.

Darauf seitens der Kommunen mit Kürzungen zu reagieren, hält Ziegler für falsch. Studien zeigten, so Ziegler, dass erzieherische Hilfen, die wegen des Sparzwangs vieler Kommunen verkürzt würden, nicht den Effekt hätten wie Maßnahmen, die unverändert weitergeführt würden. Der Einsatz sozialpädagogischer Fachkräfte sei hochwirksam, er werde aber oft zu früh abgebrochen. ◀

Caritas-Telegramm



Foto: DiCV Aachen

Am Willy-Brandt-Ring in Alsdorf versammelten sich Vertreter des Trägers, der Stadt und der Städteregion sowie der Architekt und der Bauleiter zum ersten Spatenstich für die neue Erziehungsberatungsstelle der Caritas.

Alsdorf. In neuen, modernen Räumen soll die Caritas-Beratungsstelle in Alsdorf im Frühjahr 2016 ihre Arbeit aufnehmen. Den ersten Spatenstich zu diesem Projekt taten jetzt Vertreter des Trägers, der Stadt Alsdorf, der Beratungsstelle, des Bauunternehmens und der Architekt. 950 000 Euro investiert der Verein zur Förderung der Caritasarbeit im Bistum Aachen als Träger der Einrichtung in den Grundstückskauf und den Neubau am Willy-Brandt-Ring. Darin enthalten sind Zuschüsse für die Barrierefreiheit des Neubaus in Höhe von 62 500 Euro von der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW und in Höhe von 5 000 Euro von der der Aktion Mensch. Wie der Trägervertreter Prof. Dr. Andreas Wittrahm sagte, werde der Neubau notwendig, weil das derzeitige Altbaugebäude der Beratungsstelle in der Schaufen-

berger Straße die stetig gewachsenen Anforderungen an moderne Beratungsarbeit nicht mehr erfüllen könne.

Aachen. Studentinnen der RWTH Aachen haben sich mit Bewohnerinnen des Seniorenheims St. Elisabeth zum Dialog zum Thema „Ausbildung, Beruf und Studium – damals und heute“ getroffen. Die zwölf jungen Frauen, die entweder Maschinenbau oder Wirtschaftsingenieurwesen mit Fachrichtung Maschinenbau studieren, sind alle Stipendiatinnen des Autoherstellers Ford, und soziales Engagement gehört zu den Auflagen ihres Stipendiums. Daher besuchten sie nun die Einrichtung der Aachener Caritas-Dienste. Für Bewohnerinnen wie Studentinnen war es ein sehr interessanter Nachmittag mit vielen spannenden Gesprächen, die erst in einer großen gemeinsamen Runde begannen und dann in kleinen Gruppen fortgesetzt wurden. Dabei erfuhren die jungen Frauen viel darüber, wie schwierig es insbesondere für Frauen vor 60 oder 70 Jahren war, eine Ausbildung zu beginnen oder überhaupt einen Beruf zu ergreifen.

Studentinnen der RWTH Aachen unterhielten sich mit Bewohnerinnen des Altenheimes St. Elisabeth, wie die Ausbildung früher verlief. Foto: ACD





Lecker, frisch und ausgewogen

Mobiler Mahlzeitendienst der Caritas bringt seit 50 Jahren das Essen

Zum Jubiläum gab es Rahmschnitzel mit Brokkoli-Mix und Kartoffeln. Oder gefüllte Paprikaschote mit Specksoße und Kartoffelpüree. Die leckeren Menüs kamen frisch ins Haus – wie seit 50 Jahren. Seit 1965 sorgt der Mobile Mahlzeitendienst des Caritasverbandes Region Mönchengladbach dafür, dass sich ältere Menschen hochwertig, ausgewogen und gesund ernähren können, ohne selbst kochen zu müssen.

Caritas-Geschäftsführer Frank Polixa brachte das Selbstverständnis des Mobilen Mahlzeitendienstes während der Jubiläumsfeier im Caritaszentrum Giesenkirchen auf den Punkt: „Wir bringen nicht nur Essen“, sagte er. Es gibt feste Touren mit fest eingeteilten, langjährigen Mitarbeitern. Polixa: „Unsere Fahrer haben oft eine jahrelange Beziehung zu den Menschen, die sie mit Essen versorgen. Sie spüren, wenn es einem Kunden besonders gut oder besonders schlecht geht, und kümmern sich um Hilfe, wenn es nötig ist.“

Appetitlich, hygienisch verpackt und heiß: So kommen die Menüs des Mobilen Mahlzeitendienstes der Caritas bei den Senioren an, wie Fahrer Paul Linde (2. v. r.) demonstriert. Die Leiterin des Dienstes, Waltraud Grusemann, sowie Dr. Christof Wellens (1. Vorsitzender des Caritasverbandes, 2.v.l.) und Geschäftsführer Frank Polixa freuen sich über das 50-jährige Bestehen des Dienstes. Foto: RCV Mönchengladbach

Rund 125 Menüs bringen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Mahlzeitendienstes täglich zu Senioren in Mönchengladbach und Korschenbroich – an 365 Tagen im Jahr. Das Besondere daran: Die Mahlzeiten werden in den Caritaszentren in Holt, Rheydt und Giesenkirchen gekocht und mit speziell ausgestatteten Fahrzeugen an die Bezieher in der Umgebung ausgeliefert. Die beiden ältesten Kunden des Mobilen Mahlzeitendienstes sind jeweils hundert Jahre alt. An Werktagen können sie, wie alle anderen Nutzer auch, zwischen zwei Menüs mit Suppe, Hauptgericht und Dessert wählen. Samstags gibt es meist Eintopf oder Hausmannskost und am letzten Tag der Woche ein schmackhaftes Sonntagsmenü.

Der Mobile Mahlzeitendienst entstand 1965 aus einer Initiative von engagierten Ehrenamtlichen. Sie hatten erkannt, dass viele ältere Menschen nicht mehr selbst kochen können. Also holten sie das Essen in einer Gaststätte ab und brachten es mit ihren Privatautos zu den Senioren. Heute ist der Dienst Teil eines ganzheitlichen Hilfeangebots, das der Caritasverband für ältere Menschen unterhält.

Der Mobile Mahlzeitendienst trage dazu bei, dass ältere Menschen möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung leben könnten, lobte Mönchengladbachs 1. Bürgermeister Michael Schroeren. Er gratulierte dem Caritasverband ebenso wie Jürgen Spicher vom Caritasverband für das Bistum Aachen. ◀

Ehrungen

Das **Goldene Ehrenzeichen** des Deutschen Caritasverbandes haben erhalten: am 28. Mai 2015: **Renate Philippen**, Erziehungsberatungsstelle Kempen; am 1. Juni 2015: **Christoph Finkeldey**, Caritasverband für das Bistum Aachen e.V.; am 25. Juni 2015: **Lydia Gehlen, Elisabeth Korte, Marga Müller, Anneliese Preuss, Liesel Savelsberg, Agi Stockhausen, Franz-Josef Stock-**

hausen, Maria Thomas, Monika Wisman, Eva Zilgens, Caritasverband für die Region Heinsberg e.V.; am 28. August 2015: **Wilhelmus Cremers, Gertrud Krings**, Caritasverband für die Region Heinsberg.

Das **Silberne Ehrenzeichen** des Deutschen Caritasverbandes haben erhalten: am 1. Juni 2015: **Elke Held, Dieter Radtke**, Caritasverband für das Bistum Aachen e.V.



Veranstalter des „Refugees Welcome Lab“ waren „youngcaritas Deutschland“ und die NRW-„youngcaritas“-Projekte der (Erz-)Bistümer Münster, Essen, Köln und Paderborn. Unter dem Hashtag #welcomelab gibt es viele Bilder, Videos und Texte in den sozialen Medien.

(Siehe auch S. 24.)

Foto: Grätz

Nationalität: Mensch

Refugees Welcome Lab – eine tolle Aktion von „youngcaritas“

Länger als die Farbe an seinen Händen wird dem 16-jährigen Dankotako aus Guinea wohl die Erinnerung an die Graffiti-Aktion im Gedächtnis haften bleiben. Er ist einer von fünf Jungs aus Guinea, Somalia und Tadschikistan, die gemeinsam mit 13 Jugendlichen aus Deutschland einer alte Lok auf dem Bochumer Spielplatz an der Freiligrathstraße zu neuem Leben verholfen haben. Jetzt ist die Lok quetschbunt und trägt Botschaften wie „Refugees Welcome“ oder „Nationalität: Mensch“.

Eine Anspielung auf die Eintragung im Reisepass, die Schicksal sein kann für Menschen aus Armutsgeländen, Kriegs- und Katastrophenregionen. Realität für die fünf Jungs, die über ihre Reise nach Deutschland nur ungerne reden, wie auch über ihre Familien. Bei Dankotako aus Guinea, der nur seinen „Künstlernamen“ nennen mag, ist sie praktisch nicht mehr vorhanden.

Der Junge hat es irgendwie geschafft, nach Deutschland zu kommen. Nun wohnt er mit 15 anderen in der Außenwohngruppe „Globus“ des St.-Vincenz-Hauses, einer katholischen Einrichtung, in der Jungen aus Westafrika, Afghanistan, Tadschikistan und Syrien an das

Leben in Deutschland herangeführt werden. Menschen wie Dankotako, im Sozialarbeiterdeutsch nur mit den drei Buchstaben UMF bezeichnet als „unbegleiteter minderjähriger Flüchtling“, nicht mehr Kind, aber auch noch kein Erwachsener: In einem fremden Land auf sich allein gestellt zu sein, in einer fremden Kultur zurechtzukommen und ihre Sprache zu lernen, ist eine große Herausforderung.

„Eigentlich“, so sagt Jenny (23) aus Duisburg, „ist die Sprache gar nicht so wichtig, wenn es um ein gemeinsames Projekt geht.“ Jenny ist eine der 13 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des „Refugees Welcome Lab“ der „youngcaritas“, die bei der Graffiti-Aktion mitgemacht haben. „Selbst ohne perfekte Verständigung“, ergänzt Frauke (23) aus Münster, „haben wir zusammen etwas geschaffen: ein Kunstwerk, bei dem die Herkunft und Hautfarbe keine Rolle spielen. So sollten wir in Deutschland überhaupt mit Flüchtlingen umgehen.“ Die Jugendlichen finden, dass die Unterscheidung von Menschen in Flüchtlinge und Einheimische unnötig ist und Menschen einen Stempel aufdrückt. ◀ mik/ChG

Mehr Schulabbrecher im Ruhrgebiet

Caritas: Hohe Bildungsarmut gefährdet die Zukunft

In einigen Städten des Ruhrgebiets ist die Zahl der Schulabbrecher erneut gestiegen. Während die deutschlandweite Quote von Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss mit 5,6 Prozent erstmals seit vier Jahren fast unverändert blieb, stiegen die Zahlen in Gelsenkirchen und Essen an.

Dies ist das Ergebnis einer jetzt vorgestellten bundesweiten Caritas-Studie. „Beim Thema Bildungsarmut sind Teile des Ruhrgebiets leider ganz weit vorne“, erklärt Andreas Meiwes, Direktor des Caritasverbandes für das Bistum Essen. In Gelsenkirchen etwa stieg die Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss von 10,8 Prozent (2012) auf 11,2 Prozent (2013). Auch in Essen verließen mehr Jugendliche ohne Abschluss die Hauptschule. Waren es hier 2012 noch 6 Prozent, stieg die Zahl 2013 auf 7,4 Prozent. Ebenfalls eine kleine Steigerung (0,1 Prozent) verzeichnen Oberhausen (2013: 5,5 Prozent) und Mülheim (2013: 4,5 Prozent). Den niedrigsten Stand seit 2009 kann Duisburg mit 6,6 Prozent melden, liegt damit aber immer noch über dem Bundes-



und Landesschnitt. Erfreulich gesunken sind die Zahlen in Bottrop von 7,2 Prozent auf 5,3 Prozent.

Die Studie sieht einen Zusammenhang zwischen der Arbeitslosen- und Schulabbrecherquote. Deswegen seien zur Verbesserung der Lage einerseits Konzepte für mehr Beschäftigung und effektive Arbeitsmarktpprogramme nötig, so die Caritas. „Der Kern aber ist: Dort, wo Schulsozialarbeit, frühe Hilfen, Berufsberatung und Elternarbeit gut zusammenarbeiten, gibt es weniger Abbrecher“, so Meiwes. Die örtliche Zusammenarbeit von Politik, Schule, Arbeitsamt und Wirtschaft sei entscheidend. „Ohne den politischen Willen zur Kooperation wird sich die Situation nicht ändern“, befürchtet der Caritasdirektor.

Ein wichtiger Baustein zur Prävention sei die Schulsozialarbeit, in der sich auch die Caritas engagiere. „Erfolgreiche Städte haben an allen Hauptschulen zumindest eine halbe Stelle dafür. Diese Stellen müssen dauerhaft gesichert werden“, fordert Meiwes. Außerdem brauche es den Ausbau der frühen Hilfen: „Wir müssen noch besser werden bei den sprach- und heilpädagogischen Förderungen in den Kindertageseinrichtungen und Grundschulen, und wir müssen noch mehr spezielle Angebote für Eltern entwickeln.“ ◀ mik / DCV

Einfach mal „blau“ machen kennt jeder.

Wer aber dauerhaft die Schule abbricht, verspielt seine Zukunftschancen.

Schulsozialarbeit muss hier frühzeitig ansetzen

Foto: pixelio

Menschen in der Caritas

Trauer um Thomas Güttner

Die Ruhrcaritas trauert um **Thomas Güttner** (Foto). Völlig unerwartet verstarb der Vorstand der Caritas Duisburg 44-jährig in seinem Haus. „Wir alle sind zutiefst erschüttert. Unsere Gedanken und Gebete sind bei dem Verstorbenen und seiner Familie. Ihr und auch unseren Mitarbeitern wünschen wir Kraft, Zuversicht sowie den Trost und die Hoffnung, die uns unser Glaube verspricht. Wir haben einen wunderbaren Vorgesetzten und Menschen verloren“, sagte Güttners Vorstandskollege **Ulrich Fuest**, Caritasdirektor in Duisburg. Güttner galt als Pflege-Experte. Nach einer Ausbildung zum biologisch-technischen Assistenten machte er eine weitere Ausbildung zum Krankenpfleger. Nach Jah-

ren in der ambulanten Pflege und als Bereichsleitung im Altenheim Marienhof war er zehn Jahre lang als Stabsstellenleiter der Caritas-Geschäftsführung tätig. Berufsbegleitend absolvierte er ein Betriebswirtschaftsstudium. Im Mai 2010 wechselte er dann in den Vorstand und führte gemeinsam mit Caritasdirektor Ulrich Fuest den Verband. Erst im Mai dieses Jahres wurde Güttner zum Vorsitzenden der Diözesanen Arbeitsgemeinschaft Altenhilfe der Caritas (AGEA) gewählt. „Durch seine hohe Fachkompetenz hat er sowohl die Arbeit der AGEA als auch den gesamten Bereich der ambulanten, offenen, teilstationären und stationären Altenhilfe im Ruhrbistum nach vorne gebracht“, würdigte Diözesan-Caritasdirektor **Andreas Meiwes**. „Die Caritas im Bistum Essen hat mit Thomas Güttner einen engagierten, kompetenten und geschätzten Kollegen verloren.“ R. I. P.



Foto: Caritas



Krankenkasse macht Rückzieher

Ruhr Caritas hatte DAK wegen Leistungsverweigerung kritisiert

Nachdem die Ruhr Caritas die Krankenkasse DAK wegen der restriktiven Bewilligungspraxis bei ärztlich verordneten Leistungen kritisiert hatte, zog die Kasse einen umstrittenen Fragebogen zu dieser Praxis zurück.

Und darum geht es: In mehreren Städten des Ruhrbistums verweigert die Kasse die Kostenübernahme bei Leistungen, die von ambulanten Pflegediensten übernommen werden. In den der Caritas konkret bekannten Fällen verweigert die DAK zum Beispiel die Zahlungen einer Insulin-Injektion oder das An- und Ausziehen von Kompressionsstrümpfen. „Wir wehren uns gegen diese restriktive Bewilligungspraxis. Die Kasse will Patienten und Angehörige zwingen, dass Verwandte oder Nachbarn diese Leistungen übernehmen“, kritisiert Andreas Meiwes, Caritasdirektor für das Bistum Essen. Denn die jetzt von den Caritas-Pflegediensten gemeldeten Fälle stehen nicht allein da. Die Kasse begann mit dem Vorgehen bereits vor einigen Wochen in Baden-Württemberg. Auch hier will die DAK die ambulanten Gesundheitsleistungen nicht zahlen.

„Die Menschen sind verunsichert“, erläutert Caritas-Pflegeexperte Frank Krursel. Denn die Krankenkasse

verschickte zeitgleich einen Fragebogen an Patienten. Darin wollte sie detailliert wissen, wer im persönlichen Umfeld lebt („neben Angehörigen auch Freunde und Nachbarn“) und „welche Person die Maßnahmen übernehmen kann“ (Zitate aus dem Fragebogen). „Das ist wirklich frech. Und schon aus Datenschutzgründen sehr fragwürdig“, so Krursel. „Natürlich übernehmen pflegende Angehörige schon jetzt einige dieser Aufgaben. Aber es kann nicht sein, dass die Kasse auf ihrem Rücken Kosten sparen will. Denn was ist, wenn Verwandte oder Freunde im Urlaub oder selbst krank sind?“, so Krursel.

Es gehe nicht nur um die reine Medikamentengabe. Fachkräfte müssten Blutzucker-Schwankungen im Blick halten, Infektionen frühzeitig erkennen und die Beobachtungen an den Hausarzt weitergeben. „Wir können das nicht alles Verwandten oder Nachbarn aufbürden“, sagt Krursel.

Immerhin: Die DAK hat nach massiver Medienberichterstattung die Fragebögen zurückgezogen. In den 33 ambulanten katholischen Diensten im Bistum Essen arbeiten 1 134 ambulante Pflegekräfte. Jeden Tag sind sie über 10 000-mal im Einsatz. ◀ *mik*



Im geplanten Krankenhaus-Strukturgesetz sieht die Ruhr Caritas eine Gefahr für die katholischen Krankenhäuser im Ruhrgebiet. „Die im Gesetz vorgesehenen Strukturveränderungen können millienschwere Kürzungen für die Häuser bedeuten“, sagte Andreas Meiwes, Caritasdirektor für das Bistum Essen, bei einer Diskussion mit CDU-Bundestagsabgeordneten. Die Caritas hatte sie zu einem Gespräch über das im Gesetzgebungsverfahren befindliche Vorhaben eingeladen.

„Das ist kein Kürzungsgesetz. Wir wollen mit Struktur-Anpassungen zu mehr Qualität in der Versorgung kommen“, erläuterte Staatssekretärin Ingrid Fischbach aus dem Bundesgesundheitsministerium das politische Vorhaben. Die Krankenhaus-Vertreter drängten in der Debatte vor allem auf konkrete Zahlen, wie und in welcher Höhe künftig Qualität besser belohnt werden solle, und auf mehr Zeit für die Umsetzung von Maßnahmen. Fischbach und Jutta Eckenbach versprachen, die Rückmeldungen mit in die weiteren Beratungen zu nehmen. Unser Foto zeigt Staatssekretärin Ingrid Fischbach (3. v. r.) und die CDU-Abgeordneten Jutta Eckenbach (2. v. l.) und Oliver Wittke (l.). Text und Foto: mik



Foto: Caritas

Polizei singt für Hilfsfonds

Ein Benefizkonzert des Polizeichores Essen hat jüngst 7 000 Euro für den Caritas-Hilfsfonds „Der Springende Punkt“ eingespielt. Über 650 Zuhörer feierten den Chor und dessen Konzert in der ausverkauften Frohnhauser Pfarrkirche St. Antonius. „Der Springende Punkt“ ist ein Hilfsfonds des Essener Diözesanverbandes der Caritas-Konferenzen Deutschlands (CKD) für Menschen in Not. Seit 2007 hilft die Caritas damit schnell und einfach Einzelpersonen oder Familien, die plötzlich in eine Notlage geraten. ◀

Caritas-Telegramm



Thomas Evers, Leiter des Kinderdorfs, Rudi Grögler, Fabian Preuer, Rita Riering, Malte Wanke, Nils Hülskemper, Ralf Chmiel von der Handballabteilung des SC Bottrop und Andre Chmiel (v. l.)

Foto: Sigrid Hovestadt

Bottrop. Über das Musiklabel Jubox 45 der Firma Chmiel Consulting hatte der Inhaber Andre Chmiel vor der Saison angekündigt, für jedes geworfene Tor der Handball-B-Jugend einen Euro zu spenden. In der Saison 2014/2015 fielen 574 Tore. Ein schöner Erfolg für die Spieler und ein Gewinn für die Kinder im Caritas-Kinderdorf, das um 574 Euro „reicher“ ist.



Foto: Caritas Gelsenkirchen

„Der Bus hat eine Rollstuhlrampe, so dass zwei Rollstuhlfahrer mitfahren können“, freut sich Markus Pudiel, Leiter des Nachbarschaftszentrums. Insgesamt finden neun Personen Platz. An den Kosten hat sich die Caritas-Stiftung im Bistum Essen mit 10 000 Euro beteiligt.



Foto: Constantin Rhode

insgesamt 24 große Möbelkartons mit Lebensmitteln für die Speisekammer St. Michael in Duisburg-Meiderich und für die „Hocheider Tasche“ in Duisburg-Homberg. Caritas-Mann Klaus Peter Bongardt freut sich über die gelungene Koproduktion: „Dieses tolle Ergebnis haben wir mit Hilfe der Rewe-Märkte Feldkamp in Duisburg-Duis-

sern, Schwimming in Duisburg-Hüttenheim und Cavcic in Duisburg-Rumeln-Kaldenhausen erreicht. Die anderen 25 Firmlinge haben einen Sponsorenlauf zugunsten der Schulmaterialkammer im Caritas-Centrum Mitte durchgeführt.“

Essen. Die Emschergenossenschaft hat jetzt fünf mobile Hochbeete an das Seniorenheim St. Martin in Essen-Rüttenscheid übergeben. Mit Hilfe dieser Konstruktionen haben auch die älteren Heimbewohner die Möglichkeit, „im Garten zu werkeln“. Auszubildende der Tischlerei bei der Genossenschaft haben die Hochbeete geschreinert. Das Projekt ist Bestandteil des „Ruhrdax“, das jährlich vom Zentrum für bürgerschaftliches Engagement veranstaltet wird.

Gelsenkirchen. Das Altenzentrum Sankt Anna wird umgebaut. Mit neuen Konzepten sollen moderne Versorgungsformen Einzug halten. In der stationären Altenpflegeeinrichtung der Caritas für Gelsenkirchen werden heute in fünf Wohnbereichen 126 Senioren versorgt. Nach dem Umbau werden nur noch 120 Bewohner im Haus leben, vorwiegend in Einzelzimmern.

Bottrop. Innerhalb eines Projektes der Offenen Ganztagschule Astrid Lindgren haben Kinder eine Spende in Höhe von 480,75 Euro an das Kinderdorf der Caritas im Fuhlenbrock überbracht. Das Projekt lief unter dem Namen „Einer für alle, alle für einen“. Darin entwickelten die Kinder spielerisch ein Verständnis für Werte wie Gleichheit, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit. So kam es den Kindern auch in den Sinn, den Erlös des AG-Festes nicht für die eigenen Interessen zu verwenden, sondern gemäß dem Titel des Projektes an eine soziale Einrichtung in Bottrop zu spenden. Durch zahlreiche Spenden der Eltern sowie den Verkauf vieler handgefertigter Dinge der Kinder konnte ein so hoher Erlös erzielt werden.



Foto: Caritas Bottrop

Mülheim. Netter Willkommensgruß von Schülern und Eltern der Hölterschule in Mülheim: Die Viertklässler verschenkten ihre (oft lieb gewonnenen) Tornister an Flüchtlingskinder, um ihnen mit diesem Willkommensgruß den Einstieg in die Schule zu verschönern.



Hüter von Bruder und Schwester



Stolzes Jubiläum: 100 Jahre Caritas in Köln

„Ich bin stolz auf Sie“, sagte Kardinal Woelki in seiner Predigt zu den Teilnehmern des Festgottesdienstes in St. Ursula und hob die Bedeutung der Caritas in ihrer 100-jährigen Geschichte hervor: Sie bringe „Dampf auf die soziale Maschine“. Zur Jubiläumsfeier hatte der Caritasverband Köln rund 350 Gäste aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Kirche eingeladen. Dem Festakt folgte wenige Tage später ein großes Caritasfest für 2 300 haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter und ihre Angehörigen im Biergarten der Rennbahn.

Die soziale Not im Ersten Weltkrieg war Anlass für die Gründung des Kölner Caritasverbandes am 18. Juli 1915. Von Beginn an wurde als Leitlinie festgelegt, überkonfessionelle Hilfe für alle Menschen zu leisten, die Rat und Hilfe suchen. Ein Grundsatz, der nach wie vor selbstverständliche Basis der Caritasarbeit ist. Zunächst lag die Hauptaufgabe des Caritasverbandes in der Koordination und Unterstützung der sozialen Hilfen in den Pfarrgemeinden. Es war überwiegend existenzielle Not, die die Caritasarbeit bestimmte: der Hunger in und nach dem Ersten Weltkrieg, die zunehmende Wohnungsnot. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise nahmen die „Armenspeisungen“ zu. Im Jahr 1929 verzeichnete der Jahresbericht eine Million Essensausgaben.

Anders als heute unterhielt die Caritas vor dem Zweiten Weltkrieg keine eigenen Einrichtungen. In den Gründungsjahren arbeitete nur eine Handvoll Mitarbeiter im Caritasverband. Heute, 100 Jahre später, sind es 1 500 hauptamtliche Mitarbeitende und 1 030 Ehrenamtliche. Nach dem Zweiten Weltkrieg gründete der

*„Hüter des Bruders und der Schwester zu sein“, dazu rief der Kölner Kardinal Woelki in seiner Jubiläumspredigt anlässlich des 100-jährigen Bestehens des Kölner Caritasverbandes auf.
Foto: Jo Schwarz*

damalige Caritasdirektor Prälat Dr. Koenen die ersten Caritas-Einrichtungen. Es entstanden Altenzentren, Angebote für Wohnungslose, Sozialdienste und -beratungen für Migranten, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, Kindertagesstätten und Jugendzentren. Viele Schwerpunkte in der Caritasarbeit wie die ambulante und stationäre Pflege sind bis heute wichtig geblieben. Orientiert an den gesellschaftlichen Herausforderungen, werden die sozialen Unterstützungsangebote kontinuierlich weiterentwickelt. Derzeit setzt sich der Caritasverband besonders für Flüchtlinge ein, die in wachsender Zahl nach Köln kommen. Mit Beratung, Begleitung und praktischer Unterstützung helfen Caritas-Mitarbeiter ihnen, in Köln Fuß zu fassen. Schwer traumatisierte Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten werden im Caritas-Therapiezentrum für Folteropfer begleitet.

Auch Kardinal Woelki rief in seiner Jubiläumspredigt jeden Einzelnen dazu auf, sich für Flüchtlinge zu engagieren: In Anlehnung an die Bibel zitierte er den Einwand „Bin ich denn wirklich der Hüter meines Bruders oder meiner Schwester?“ – und gab gleich eine drastische Antwort: „Ja, das bist du, verdammt noch mal!“ ◀
Marianne Jürgens/dg



Spendenaktion erzielt 250 000 Euro

23 000 Glockenschläge – Flüchtlingshilfe im Erzbistum Köln

Die Solidaritätsaktion „23 000 Glockenschläge“ am 19. Juni hat die Menschen im Erzbistum zum Spenden bewegt. Auf den Spendenaufruf von Erzbischof Rainer Maria Kardinal Woelki hin wurden insgesamt über 250 000 Euro für die Flüchtlingshilfe gesammelt. Der Erlös kommt dem maltesischen Seenotrettungsprojekt Migrant Offshore Aid Station (MOAS) zugute. Die Gesamtsumme setzt sich aus dem Erlös des Solidaritätsabends, den Einnahmen einer Sonderkollekte sowie direkten Spenden an MOAS zusammen. Dennoch ist das Ergebnis von einer Viertelmillion Euro nur vorläufig, denn auch weiterhin gehen Spendengelder auf dem Konto ein.

Über das hohe Spendenaufkommen freute sich vor allem Organisator Dr. Helmut Loggen, stellvertretender Diözesan-Caritasdirektor. Er hatte mit einem Team aus

Mitarbeitern des Diözesan-Caritasverbandes und des Generalvikariats die Solidaritätsaktion organisiert: „Ich freue mich sehr über das Ergebnis dieser Aktion und spreche allen Helfern meinen Dank aus. Die Vielzahl der Spenden setzt ein tolles Zeichen für eine Globalisierung der Nächstenliebe und ermöglicht MOAS, seine Rettungseinsätze fortzusetzen.“

Die Stiftung MOAS wurde 2013 gegründet und rettet mit ihrem Schiff Phoenix Flüchtlinge aus akuter Seenot auf dem Mittelmeer. Auf diese Weise hat das Team bislang 8 595 Kinder, Frauen und Männer vor dem Ertrinken bewahrt. Um Menschenleben weiterhin retten zu können, ist die Stiftung auf Spenden angewiesen. „Gründer und Team von MOAS sind sehr beeindruckt, höchst dankbar für die großzügige Unterstützung und durch die Aktion sehr ermutigt“, dankte Matthias Dentler von MOAS. ◀

*Rettung naht – Helfer des maltesischen Seenotrettungsprojektes Migrant Offshore Aid Station (MOAS) im Einsatz.
Foto: Jason Florio Moas.EU*

Informationen unter www.moas.eu/de

PEK

Fahrräder gesucht

„Bike-House“, das Job-Projekt des Caritasverbandes Bonn, sucht wieder dringend gebrauchte Fahrräder. Die gespendeten Räder werden TÜV-fit gemacht und anschließend zu einem fairen Preis verkauft.

„Bike-House“ ist ein Förder- und Qualifizierungsprojekt für arbeitslose Jugendliche. Hier erlernen die jungen Menschen neben handwerklichen Fähigkeiten auch Schlüsselqualifikationen, die sie für den Arbeitsmarkt fit machen. Zudem bietet „Bike-House“ einen Reparaturservice für Fahrräder an. Das aktuelle Angebot von Fahrrädern reicht von Tourenrädern über Tandems, Liegeräder, Rennräder und Puky-Roller bis hin zu Einrädern. Die Räder können im „Bike-House“, Mackestraße 36 in Bonn, abgegeben werden. Die Abholung ist aus logistischen Gründen nur im Stadtgebiet Bonn möglich.

Mehr Informationen unter www.bike-house-bonn.de

Kontakt: 02 28 / 67 64 79, bikehouse@caritas-bonn.de

Startschuss Patienten-Begleitung



Ein Krankenhausaufenthalt wirft viele Fragen auf. Einige alte oder alleinstehende Patienten brauchen Menschen, die sie begleiten und die ihnen bei der Vertretung ihrer Interessen helfen.

Patientenbegleiterinnen und -begleiter unterstützen alleinstehende oder ältere Menschen bei den oft schwierigen Übergängen von zu Hause ins Krankenhaus und zurück. In kostenfreien Schulungen werden Interessierte umfassend auf dieses Ehrenamt vorbereitet. Menschen, die sich Begleitung und Unterstützung im Zusammenhang mit einem Krankenhausaufenthalt wünschen, können gern Kontakt aufnehmen mit: Caritasverband für die Stadt Köln, PatientenBegleitung, Sabine Wanner, Tel. 02 21 / 5 69 58 16, E-Mail: patientenbegleitung@caritas-koeln.de ◀



Köln



Den symbolischen Spendenscheck durfte am Mariendom in Neviges Caritas-Pressesprecherin Susanne Bossy (r.) von Schulleiter Dr. Rudolf Hösen (Mitte), dem für den Sponsorenlauf verantwortlichen Lehrer Christoph Sängers und der Fünftklässlerin Greta Lawrenz entgegennehmen.

Foto: Caritas Wuppertal

46 603 Euro für Flüchtlinge

Fantastisches Ergebnis bei strömendem Regen: St.-Anna-Lauf in Wuppertal

Mehr als 18 000 Kilometer legten die Schülerinnen und Schüler des Wuppertaler St.-Anna-Gymnasiums trotz strömenden Regens bei ihrem traditionellen Sponsorenlauf im Naherholungspark Kaiserhöhe insgesamt zurück und erzielten damit ein fantastisches Ergebnis. Beim Schuljahresabschluss-Gottesdienst im Mariendom in Neviges wurde bekannt gegeben, dass die Flüchtlingshilfe der Caritas 46 603 Euro erhält.

Die Hälfte des Betrages stellt die Schule Caritas international für die Syrien-Flüchtlingshilfe zur Verfügung. Die andere Hälfte geht an den örtlichen Caritasverband zur Unterstützung von Flüchtlingen, die in Wuppertal leben.

Vor dem Spendenlauf informierten Caritas-Mitarbeiterinnen und eine Vertreterin der Stadt die Jugendlichen in zwei Veranstaltungen über die Flüchtlingsproblematik und die Situation der Flüchtlinge in Wuppertal. Beim Sponsorenlauf und anschließend in einem Religionskurs in der Schule hatten die jungen Menschen Gelegenheit, mit Flüchtlingen aus Somalia und Eritrea zu sprechen. In einem herzlichen Brief dankte Rainer Maria Kardinal Woelki den Jugendlichen des erzbischöflichen Gymnasiums für ihr „herausragendes Engagement“. ◀

Susanne Bossy/dg

Menschen in der Caritas

Foto: Erzbistum Köln



Der ehemalige Kölner Dompropst **Prälät Dr. Norbert Feldhoff** leitet jetzt das Kuratorium der CaritasStiftung. Er übernimmt das Amt von Diözesan-Caritasdirektor **Dr. Frank Joh. Hensel**. Vor 15 Jahren war Feldhoff als damaliger Vorsitzender des Diözesan-Caritasverbandes am Aufbau der Stiftung beteiligt.

„Ich habe an der Gründung der Stiftung aktiv mitgewirkt. Seitdem hat sie sich prächtig entwickelt. Ich möchte sie gern noch eine Zeit lang unterstützen“, erklärt Feldhoff. Von 1985 bis 2012 war der Prälät Vorsitzender des Diözesan-Caritasverbandes. In den Jahren 1996-2010 bekleidete er zudem das Amt des stellvertretenden Präsidenten des Deutschen Caritasverbandes und saß der arbeitsrechtlichen Kommission vor.

„Mehr als freitags Fisch?!“

„Mehr als freitags Fisch?! – Wie pflege ich christlich?“ Der Film, den Schüler der Gesundheits- und Krankenpflegeschule des Kölner Eduardus-Krankenhauses im Rahmen des Projektes „DIALOG! Pflege – Bildung – Glaube – Ethik“ des Diözesan-Caritasverbandes in Eigenregie drehten, traf im Erzbistum genau ins Schwarze. Der pointenreiche und mit modernen Rhythmen unterlegte Dreiminüter beeindruckte und interessierte den Generalvikar von Köln und sorgte für eine lebhaft Diskussion.

Zum Film: www.youtube.com/watch?v=88jMxCvedpI
Hintergrundinformationen zum Projekt: www.pflege-dialog-bildung.de

„Wo die Zitronen blühen und die Peperoni leuchten“

Kinder gestalten Ausstellung im Rathaus Bergneustadt

„Es ist ein tolles Gefühl, auf einer Leinwand zu malen“, sagt Balent aus Ungarn, der vor zwei Jahren nach Deutschland gekommen ist. Erst trauten sich die Kinder mit ihren Ideen von den Gärten ihrer Großeltern nicht so recht an Pinsel und Farbe. „Aber Sevcan, die Leiterin, passt ja auf uns auf, dass wir es hinkriegen“, beruhigt Cemre aus der Türkei. Sie will Omas Gurken malen, weil die besser schmecken als in Deutschland. Aufregend finden die Kinder, dass sie ihre Bilder öffentlich zeigen durften. Und zwar als „vielfalt. viel wert.“-Aktion

der Caritas Oberberg im Bergneustädter Rathaus im Rahmen der Interkulturellen Woche im September. „Wir haben selber erzählt, was wir da gemacht haben und wie und warum.“ Die Kinder freuten sich, dass sie mit diesen Bildern lebhaftere Familiengeschichten erzählen können. Sie brachten Erinnerungen an ihre Verwandten zu Papier, die zum Teil überall auf der Welt leben und dort manchmal Gärten pflegen, in denen die Kinder bei Besuchen in den Ferien spielen können. ◀

Andrea Bänker/dg



Auch Kürbisse leuchten in der Erinnerung an die Gärten der Großeltern in der Ausstellung der jungen Künstler aus der Bergneustädter Caritas-OGS. Foto: Andrea Bänker

Hoher Besuch

Anerkennung und Würdigung für das Projekt „Ergebnisqualität in der stationären Altenhilfe“ (EQisA) brachte NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens (Grüne) beim Besuch eines Fachtages zu dem Projekt zum Ausdruck.

Seit Anfang 2012 setzt der Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln in dem Kooperationsprojekt mit dem Institut für Pflegewissenschaften an der Universität Bielefeld (IPW) und Projekteinrichtungen ein neuartiges Konzept zur indikatorengestützten Erfassung der sogenannten Ergebnisqualität in der stationären Alten-

pflege um. Ziel ist es, die Wirksamkeit von Pflege- und Betreuungsmaßnahmen anders als mit den bisherigen Pflegenoten zu ermitteln und zu vergleichen. ◀

NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens (links) besuchte in Köln den Fachtage zur „Ergebnisqualität in der Altenpflege“. Die Leiterin der Abteilung Altenhilfe beim Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln, Helene Maqua, bedankte sich für den Besuch und das Grußwort.



Foto: Diözesan-Caritasverband

Ehrungen

Goldene Ehrennadeln erhielten für langjährige Mitarbeit in verschiedenen Einrichtungen der Caritas: **Bernd Tondorf** für langjährige Vorstandsmitgliedschaft im Caritasverband für den Kreis Mettmann e. V.; **Hubert Jansen** für drei Jahrzehnte engagierte Schulleitertätigkeit in der CJG St. Antoniusschule des CJG St. Josefshauses in Reichshof-Eckenhagen; **Helga Barkemeyer** für mehr als 20 Jahre ehrenamtliches Engagement im Seniorenzentrum Pulheim des Caritasverbandes für den Rhein-

Erft-Kreis e. V.: **Maria Quednau** für 40-jährige Tätigkeit im Marien-Hospital Euskirchen; **Jutta Bahners**, **Thilde Küppers** sowie **Angela und Klaus Merz** für langjähriges ehrenamtliches Engagement im CBT-Wohnhaus Zur Heiligen Familie in Düsseldorf; **Andrea Herbertz** und **Gudrun Paffrath**, beide für 25-jährige Mitarbeit im Caritas-Altenzentrum St. Heribert; **Elisabeth Annas** und **Annemie Spangenberg**, beide für mehr als zwei Jahrzehnte ehrenamtliche Mitarbeit im Seniorenclub Weilerswist.



Lebensideen gefunden

Adrian Corbo versorgt die behinderten Beschäftigten in seiner Werkstattgruppe mit Material und ist auch ansonsten Ansprechpartner für all ihre Belange.

Foto: Harald Westfeld

Zehn Jahre Gesellschaft für Freiwillige Soziale Dienste im Bistum Münster

Erst mal „ein Jahr dem Schulstress entgehen“ war Adrian Corbos Idee, sich für ein Jahr als FSJler im Stift Tilbeck in Havixbeck zu bewerben. Danach vielleicht was mit Medien oder Design. Es kommt anders. Die Arbeit mit den Menschen mit Behinderungen in der Werkstatt hat ihn gepackt.

Nach Ende des Freiwilligen Sozialen Jahres hat er im August im Wohnheim des Stifts eine dreijährige Ausbildung zum Heilerziehungspfleger begonnen. Seinen Weg sieht er jetzt vorgezeichnet: „Danach soll ein Studium der Sonderpädagogik folgen.“

Nicht allein ihn hat es „gepackt“. Mit zwei Freunden ist er aus Versmold für das FSJ gekommen. Gemeinsam wohnen sie im Wohnheim auf dem Gelände, proben in ihrer Band und bleiben weiter zusammen. Pascal und Jonas, vorher ähnlich offen für die weitere Lebensperspektive, haben sich für die gleiche Ausbildung entschieden.

Die Versmolder sind drei von rund 1 000 Freiwilligen, die die Gesellschaft für Freiwillige Soziale Dienste (FSD) im Bistum Münster inzwischen pro Jahr an soziale Einrichtungen und Dienste der Caritas vermittelt.

„Und vor allem für sie fünf Bildungswochen organisiert“, sagt Geschäftsführerin Angelika Frank. Die haben Adrian Corbo besonders gut gefallen. „Da hätte ich gerne doppelt so viele gehabt“, bekennt er.

Vor zehn Jahren von BDKJ und Diözesan-Caritasverband gegründet, um Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Bundesfreiwilligendienst (BFD) aus einer Hand anbieten zu können, hat sich die FSD rasant zu einem der größten Anbieter des Freiwilligendienstes in der deutschen Caritas entwickelt.

Ein Gewinn sind das FSJ und der BFD für beide Seiten und nicht vergleichbar mit dem durch den Bundesfreiwilligendienst ersetzten Zivildienst. Waren die Zivis „eher im logistischen Bereich“ eingesetzt, wie Koordinatorin Elisabeth Schulze-Bertelsbeck im Stift Tilbeck erklärt, übernehmen die Freiwilligen heute auch pädagogische Aufgaben.

Damit sind sie für Frank Röwekämper zum Beispiel eine wichtige Unterstützung im Werkstattalltag. Der Gruppenleiter im Metallbereich ist Ansprechpartner für Adrian Corbo und lobt seinen Kollegen auf Zeit. Vor allem die Geduld. Denn Ruhe und Geduld, das hat der 20-Jährige erfahren, sind ganz wichtige Voraussetzungen für die Arbeit mit behinderten Menschen. ◀

Auf Youtube im Kanal CaritasMS: <https://www.youtube.com/watch?v=Q0f7RzQzpL4>



„Können Sie bitte überkommen?“

Pränataldiagnostik kann einen Schock bei werdenden Eltern auslösen

In drei Prozent der Fälle sagt ein Arzt schon während der Schwangerschaft: „Ich habe leider schlechte Nachrichten für Sie.“ Die Diagnose kann vielfältig sein: ein gravierender Herzfehler, körperliche Fehlbildungen oder Chromosomenstörungen wie z. B. das Down-Syndrom.

„Viele sind völlig geschockt und wissen nicht mehr, wie es weitergehen soll“, beschreibt Brigitte Reckermann die Reaktionen der Eltern. Sie ist sofort zur Stelle, wenn sie im Mathias-Spital in Rheine eine solch schwerwiegende Diagnose erhalten und Beratung benötigen. Gemeinsam mit dem Leiter des Zentrums für Pränataldiagnostik, Prof. Dr. Matthias Meyer-Wittkopf, kümmert sich die Sozialpädagogin und Schwangerschaftsberaterin der Caritas Rheine um Eltern, deren Kinder an schweren Krankheiten oder Behinderungen leiden oder sogar tot zur Welt kommen werden. Für Brigitte Reckermann beginnt die Arbeit meist mit einem Anruf aus dem Untersuchungszimmer von Professor Meyer-Wittkopf: „Können Sie bitte überkommen?“

„Zu diesem Zeitpunkt weiß ich nicht immer genau, um welche Diagnose es geht“, erklärt Reckermann. Dafür ist zunächst auch keine Zeit: Nach dem ersten Schock kommt die Trauer. Vor allem wenn klar ist, dass das Kind nicht oder nur kurz leben wird. „Wenn die Eltern hier im Beratungszimmer ein wenig zur Ruhe kommen, gibt es erst einmal viele Tränen“, berichtet Reckermann. Das muss die Beraterin aushalten können. Erst danach finden die Eltern die Kraft, gemeinsam mit ihr den Befund des Arztes durchzugehen und Fragen dazu zu stellen.

„Ich kann den Eltern deutlich machen, welche Möglichkeiten sie in ihrer Situation haben.“ Brigitte Reckermann erklärt ihnen: „Sie sollten eine Entscheidung treffen können, mit der Sie als Eltern auch noch in zehn Jahren leben können.“ Das funktioniert aber nicht mit Druck von außen. Vielmehr müsse man den Eltern helfen, „im Dschungel der Möglichkeiten“, den die deutsche Gesetzeslage bereithält, den für sie passenden Weg zu finden. Natürlich sei sie als Beraterin in einer katholischen Beratungsstelle besonders am Lebensschutz für das ungeborene Kind interessiert, stellt Reckermann klar: „Dieser Schutz geht aber nur mit der Mutter. Wir zeigen Wege auf, lassen die Entscheidung jedoch offen.“ ◀

*Brigitte Reckermann berät werdende Eltern nach der Pränataldiagnostik.
Foto: Julius Schwerdt*

Verwirrt auf der Intensivstation

Es piept und pfeift, es wird Fieber gemessen, umgelagert, ein neuer Tropf angehängt, der Blutdruck überprüft ... In der Intensivmedizin lässt die Technik der Lebenserhaltung dem Patienten kaum eine ruhige Minute. Gerade bei älteren Menschen droht Verwirrung, medizinisch „Delir“ genannt.

Ein hoher Pflegebedarf nach der Entlassung ist manches Mal die Folge. Dabei kann dieses Risiko mit recht einfachen Maßnahmen gesenkt und dazu noch die Überlebensrate erhöht werden.

In einem Kurs zur Leitungsqualifizierung für Pflegefachkräfte hat Stefan Borg im St.-Franziskus-Hospital in

Menschen in der Caritas

Nach 38 Jahren an der Spitze des Caritasverbandes für die Stadt Münster hat sich **Michael Hartleif** verabschiedet. In seine Amtszeit fielen der Aufbau der Sozialstationen, die Einrichtung der Vor-Ort-Beratungsstellen in verschiedenen Stadtteilen und die Gründung der CBM als Träger von inzwischen fünf Altenheimen und eines Fortbildungsinstituts. Die Geschäfte des Verbandes werden weiter von den bisherigen Vorstandsmitgliedern **Helga Fuhrmann** und **Thomas Schlickum** geleitet.

Münster Maßnahmen entwickelt. Der Verzicht auf Fixierung und Ruhigstellung durch Medikamente, einige Stunden ungestörte Nachtruhe und die Einbeziehung der Angehörigen sind Kernelemente. 19 Ideen für Verbesserungen in der Pflegepraxis sind das Ergebnis am Ende dieses anderthalbjährigen Kurses der Caritas in der Diözese Münster. ◀



„Je suis Muslim“

Glaubwürdiges Zeichen gegen Extremismus

In der Vergangenheit war Dinslaken-Lohberg in den Schlagzeilen, weil sich Bewohner des Stadtteils auf den Weg in den sogenannten Heiligen Krieg in Syrien gemacht haben. Weit vor diesen verhängnisvollen Entscheidungen setzt das Projekt „Je suis Muslim“ des Caritasverbandes für die Dekanate Dinslaken und Wesel an, das vom Stiftungsfonds „Weihbischof Dr. Josef Voß“ der Caritas GemeinschaftsStiftung mit einer Förderung von 2 000 Euro bedacht wurde.

„Es war uns ein wichtiges Anliegen, hier ein Zeichen gegen Extremismus zu setzen“, erklärte Heinz-Josef Kessmann, Diözesan-Caritasdirektor und Stiftungsvorsitzender, bei der Übergabe: „Gerade als Christen können wir glaubhaft für Gewaltfreiheit und Demokratie werben.“ Die Fördermittel der Stiftung finanzieren Besuche eines Islam- und Politikwissenschaftlers, der im Rahmen des Projektes nach Lohberg kommt und den Jugendlichen ihre Fragen zum Glauben beantwortet. Weiterer Teil des Projektes ist die Schaffung eines Kunstwerkes zum Thema Glauben.

„Der Glaube ist für die Jugendlichen in unserem Viertel eine sehr wichtige Größe in ihrem Leben“, erklärt

Eine Förderung der Caritas GemeinschaftsStiftung im Bistum Münster unterstützt das Projekt „Je suis Muslim“ der Caritas Dinslaken-Wesel. Foto: Julius Schwerdt

Melanie Borowik, die in Dinslaken-Lohberg zwei Caritas-Häuser der offenen Tür für Kinder und Jugendliche leitet. Da militante Salafisten für sich den „wahren Glauben“ beanspruchten, seien die Jugendlichen tief verunsichert. Diese Verunsicherung will „Je suis Muslim“ präventiv angehen.

Die christliche Ausrichtung des Caritasverbandes Dinslaken-Wesel sei dabei kein Hindernis. Caritasdirektor Michael van Meerbeck: „Wir werden aufgrund unserer klaren Ausrichtung auch von vielen Muslimen ernst genommen und als glaubwürdig eingeschätzt.“ Der Verband suche deshalb die Kooperation mit Stadt, Schulen und der muslimischen Gemeinde im Viertel. ◀

Besonders spendenfreudig

Vor allem das Flüchtlingsdrama im Irak und der Taifun auf den Philippinen haben die Menschen im Bistum Münster im vergangenen Jahr bewegt. Knapp über zwei Millionen Euro haben sie an Caritas international gespendet, wie der Jahresbericht ausweist. Das ist die vierthöchste Spendensumme aller 27 deutschen Bistümer.



Das vom Bistum Münster angestoßene Schulprojekt für syrische Flüchtlingskinder im Libanon kann fortgeführt werden.

Foto: Caritas international

Infos zum Schulprojekt:
<http://www.caritas-muenster.de/sie%20helfen/miteinerspende/auslandshilfe/>

Mit knapp einer halben Million Euro unterstützten die Spender die Hilfsaktion für die vor dem IS flüchtenden Menschen im Irak. Auch ansonsten waren es vor allem die Folgen des Bürgerkriegs in Syrien, die eine große Hilfsbereitschaft auslösten. Weitere 112 000 Euro konnte die Auslandshilfe der Caritas für die „Nothilfe in Syrien“ verbuchen sowie kleinere Summen für Hilfsprojekte in Jordanien und im Libanon.

Im Libanon läuft nach wie vor das mit einer Spende des Bistums Münster 2014 gestartete Schulprojekt. Durch Übernahme der Gebühren können syrische Flüchtlingskinder für jeweils ein Jahr die Schule besuchen. Inzwischen beteiligen sich auch andere Bistümer, so dass die Zahl der geförderten Kinder im neuen Schuljahr erhöht werden kann. Die Caritas im Bistum Münster bittet deshalb um weitere Spenden auf das Konto bei der Darlehnskasse Münster (IBAN: DE06 4006 0265 0000 0060 00, BIC: GENODEM1DKM) unter dem Stichwort „Schulprojekt Libanon“. ◀

Caritas-Telegramm



Foto: Tobias Kleinebrahm

Geldern-Kevelaer. Unter dem Motto „Deine Idee – unser Auftrag“ hat der Caritasverband Geldern-Kevelaer nach Vorschlägen gesucht, wie das Leben in der Region verbessert werden kann. Die Aktion lief bis Ende September im Rahmen der Jahreskampagne, in der die Caritas dazu aufruft: „Fülle Dein Land mit Leben“. Doch das Land hat nicht nur Sonnenseiten, ist Caritasvorstand Karl Döring (r.) klar. Der demografische Wandel sei vielerorts bereits spürbar. Zur Aktion sind Postkarten verteilt worden. Gefragt waren vor allem auch die kleinen und unscheinbaren Dinge, die verbessert werden sollen, erklärt Pastoralreferent Friedhelm Appel (l.). Die Auswertung läuft im Oktober.

Hamm. Zu Hause bleiben mit ambulanter Begleitung oder doch ins Altenheim? Das Programm „Caritas Zuhause“ des Caritasverbandes Hamm versucht, durch eine Analyse der Situation alter Menschen die jeweils individuell passende Lösung zu finden. Ambulant und stationär werden dabei als gleichberechtigt angesehen. Allerdings hört Caritas-Vorstand Thomas Berghoff häufiger nach Umzügen ins Altenheim, dass die alten Menschen bedauern, diesen Schritt nicht früher gegangen zu sein.

Haltern/Datteln. Im Kreis Recklinghausen, in dem besonders viele örtliche Caritas- und Fachverbände aktiv sind, bahnt sich eine Fusion an. Moderiert von Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann, bereiten die Verbände Haltern und Datteln den Zusammenschluss für 2018 vor. Um die Fachdienste zu stabilisieren, die Arbeitsplätze zu erhalten und Raum für neue Ideen zu schaffen, ist nach Ansicht des Halterner Caritas-Geschäftsführers Willi Grave ein größerer Verband notwendig. Mit Datteln kann es seiner Meinung nach eine „Fusion auf Augenhöhe“ werden. Sowohl Willi Grave als auch der Dattelner Caritas-Chef Heinrich Hoffmann wechseln 2019 in den Ruhestand.

Greven. Begehrte sind die Plätze im Wahlpflichtfach „Zu GaSt“ in der Marien-Hauptschule in Greven. Seit sechs Jahren führt das Projekt des Caritasverbandes Emsdetten-Greven Schüler und Senioren zusammen. Einmal in der Woche besuchen die Jugendlichen alte Menschen in den Altenheimen. Das bleibt nicht ohne Folgen. Einige schließen Praktika an, viele macht es nachdenklich. Zum Abschluss gibt es ein Zertifikat, das sich auch bei einer Bewerbung gut macht. Gefördert wird das Projekt vom Stadtjugendamt Greven sowie aus dem Ehrenamtsfonds „sozial couragiert“ von Caritas und Hyundai.

Emsdetten. Mit einer neuen Nebenstelle des Fachseminars für Altenpflege in Rheine weitet das Caritas-Bildungswerk Ahaus sein Angebot aus. Ein erster Kurs mit 26 Teilnehmerinnen ist im August gestartet. Damit ist das zum Caritasverband Ahaus-Vreden gehörende Bildungswerk an sieben Standorten im Münsterland und nördlichen Ruhrgebiet aktiv.

Münster. Eine Woche lang reiste eine 26-köpfige Gruppe aus deutschen Pflegeexperten und rumänischen Fachkräften gemeinsam durch das Münsterland, besuchte Einrichtungen und Dienste der Caritas und kam mit Experten unterschiedlichster Bereiche ins Gespräch. Der Aufenthalt war Teil eines EU-Projektes, bei dem die Caritas im Bistum Münster mit der Caritas in der ostrumänischen Diözese Iasi kooperiert. Zum Projektabschluss reiste eine Delegation aus Münster nach Iasi und konnte bei dieser Gelegenheit auch das 25-jährige Jubiläum des rumänischen Partnerverbandes feiern.

Ehrungen

Goldene Ehrennadeln haben erhalten: **Barbara Nühlen** (Caritas-Konferenz St. Peter, Dinslaken), **Christel Rozowski** und **Maria Böckermann** (Caritasverband Rheine), **Barbara Nühlen** (Caritas-Konferenz St. Peter und Paul, Voerde-Spellen), **Schwester Bilfriedis**

(Caritasverband Moers-Xanten), **Eva-Maria Hesse-Dieckmann** (Caritas-Betriebsführungs- und Trägergesellschaft Münster), **Inge Sgodda** (Zentralverwaltung der Missionsschwestern von Hilstrup), **Ursula Feja** (Caritasverband Recklinghausen), **Pfarrer Stefan Notz** (Caritasverband Tecklenburger Land, Ibbenbüren), **Gabriele Busch** (St.-Antonius-Hospital Gronau).



Den Wandel gestalten

Musik, Aktionen und Impulse gab es in der Libori-Woche beim gut besuchten Tag der Caritas vor der Stadtbibliothek in Paderborn.

Pauline-von-Mallinckrodt-Preis 2015 für Demografie-Projekte in Höxter, Hamm und Rüthen

Mit dem Pauline-von-Mallinckrodt-Preis der CaritasStiftung für das Erzbistum Paderborn sind in diesem Jahr drei Projekte ausgezeichnet worden, die sich ehrenamtlich dafür einsetzen, den demografischen Wandel im ländlichen Raum zu gestalten. Den ersten, mit 2 500 Euro dotierten Preis erhielt die „Klönstube“ der Caritas-Konferenz St. Maria Salome in Höxter-Ovenhausen. Mit dem zweiten Preis (1 500 Euro) wurde das Projekt „Ma(h)l-Zeit. Jung und Alt an einem Tisch“ der katholischen Kirchengemeinde St. Laurentius, Hamm, und des Familienzentrums Hamm-Westen ausgezeichnet. Der dritte Preis (1 000 Euro) ging an „Kaufen und Klönen“ der Caritas-Konferenz St. Pankratius Hoinkhausen und St. Antonius Oestereiden (Rüthen).

Erzbischof Hans-Josef Becker überreichte die Preise im Rahmen des Caritas-Tages in der Libori-Festwoche im Liborianum in Paderborn. Eine unabhängige Jury hatte die Preisträger aus insgesamt neun vorgeschlagenen Projekten ausgewählt. Das Leitmotiv der diesjährigen Preisverleihung entstammt der Jahreskampagne der deutschen Caritas: „Stadt – Land – Zukunft“.

Der demografische Wandel in ländlichen Regionen stel-

Der erste Platz beim Pauline-von-Mallinckrodt-Preis (2 500 Euro) ging an die „Klönstube“ der Caritas-Konferenz St. Maria Salome in Höxter-Ovenhausen. V.l.: Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig, Martina Werdehausen, Elfriede Jaklin, Maria Welling, Martina Voss, Erzbischof Hans-Josef Becker und Domkapitular Dr. Thomas Witt.

Fotos: Jonas



le auch für Kirche und Caritas eine Herausforderung dar, betonte Domkapitular Dr. Thomas Witt, Kuratoriumsvorsitzender der CaritasStiftung. „Als Christen sind wir aufgerufen, unseren Beitrag für eine lebenswerte Zukunft auf dem Land zu leisten. Die Projekte machen deutlich, dass der demografische Wandel auch Chancen bietet für kreative Ideen und ehrenamtliches Engagement.“

In seinem Festvortrag schilderte Msgr. Uwe Wischkony, Direktor der Katholischen Landvolkshochschule „Anton Heinen“ in Hardehausen, das Spannungsfeld zwischen einer „fast romantischen Suche nach dem Leben von gestern“ und den vielfältigen Möglichkeiten der Stadt, die vor allem von jungen und älteren Menschen gesucht würden.

Die mit dem ersten Preis ausgezeichnete „Klönstube“ der Caritas-Konferenz in Ovenhausen wurde in der leer stehenden Wohnung des Pfarrhauses eingerichtet und hat sich in dem 1 200-Einwohner-Dorf als Treffpunkt für Bewohner und Gäste etabliert. Mit viel ehrenamtlichem Einsatz wurden Räume renoviert, Mobiliar angeschafft und der Pfarrgarten umgestaltet. Ob als Café, Bücherei oder Ort für kulturelle Veranstaltungen: Die Klönstube spreche Jung und Alt gleichermaßen an. „Das Projekt ist ein herausragendes Beispiel dafür, wie es gelingen kann, den demografischen Wandel auf dem Lande positiv zu gestalten“, begründete Dr. Thomas Witt die Entscheidung der Jury.

Der Preisverleihung ging ein buntes Fest der Begegnung auf dem Kardinal-Degenhardt-Platz vor der Stadtbibliothek in Paderborn voraus. Rund 800 Haupt- und Ehrenamtliche aus Pfarrgemeinden, caritativen Diensten und Einrichtungen im Erzbistum Paderborn genossen Musik, Aktionen und Impulse. ◀

Wenn Kinder fragen

Erste Ergebnisse von deutschlandweiter Kita-Studie in Paderborn vorgestellt

Erste Erkenntnisse eines deutschlandweiten Forschungsprojektes zur Religiosität von Kindern haben Professorin Dr. Agnes Wuckelt und Viola M. Fromme-Seifert von der Katholischen Hochschule NRW (KatHO) bei einem Fachtag des Diözesan-Caritasverbandes Paderborn vorgestellt. Demnach entwickelt jedes Kind – unabhängig von Beeinflussung durch Erwachsene – eine eigene Religiosität, sagten sie vor 110 Teilnehmern.

Wie sich diese zeigt, erforschten Erzieherinnen und Erzieher in acht deutschen Bistümern durch die gezielte Beobachtung von 125 Kindern. Von den 34 beteiligten Kindertageseinrichtungen stammen sieben aus dem Erzbistum Paderborn, aus Warburg, Werl, Hamm und Paderborn. Das Forschungsprojekt „Religionspädagogik im Elementarbereich“ der Katholischen Hochschule NRW wurde von der Deutschen Bischofskonferenz, dem Bonifatiuswerk der deutschen Katholiken und den beteiligten Bistümern finanziell gefördert.

Erste Erkenntnisse aus der breit angelegten Studie, die von Herbst 2012 bis zum Frühjahr 2015 durchgeführt worden sei, belegten, dass sich kein Kind finde, das nicht religiös sei, sagte Wuckelt. Dabei sei die individuelle religiöse Entwicklung eng mit der Entwicklung in den an-



Foto: Lahrmann

deren Bildungsbereichen verknüpft, betonte Wuckelt. Erstes Ziel religiöser Bildung und Erziehung im Elementarbereich seien deshalb die Weckung und Förderung der individuellen Religiosität. Denn: „Religiosität macht Kinder – und Erwachsene – fit für das Leben“, ist Wuckelt überzeugt. So verstandene religionspädagogische Arbeit in einer konfessionellen Kindertageseinrichtung sei „unverzichtbarer Dienst an Kindern, ihren Eltern und an der Gesellschaft“. ◀



Befassten sich mit der religionspädagogischen Arbeit in Kindertagesstätten (v. l.): Inge Schlottmann (Diözesan-Caritasverband), Gerhard Krombusch (IRuM), Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig, Professorin Dr. Agnes Wuckelt, Viola M. Fromme-Seifert (KatHO) und Msgr. Joachim Göbel (Leiter der Hauptabteilung Schule und Erziehung im Erzbischöflichen Generalvikariat) Foto: Jonas

„Jeden Tag sterben Menschen“

Flüchtlingszentrum in Charkiw mit Hilfe aus Paderborn errichtet

„Jeden Tag sterben Menschen“, sagt der ukrainische Bischof Stanislaw Szyrokoradiuk mit eindringlicher Stimme. „Aber niemand spricht mehr darüber.“ Während die Kämpfe im Osten der Ukraine in den Medien nur noch eine Nebenrolle spielen, erinnerte der Präsident des ukrainischen Hilfswerkes „Caritas Spes“ bei einem Besuch des Diözesan-Caritasverbandes in Paderborn an das Schicksal von Hunderttausenden hilfsbedürftigen ukrainischen Flüchtlingen.

Im ostukrainischen Charkiw, dem Sitz seines Bistums Charkiw-Saporischschja, hat Bischof Szyrokoradiuk Anfang des Jahres direkt neben seiner Kathedrale – „nur vier Meter entfernt“ – ein Flüchtlingszentrum errichten lassen. Erzbistum und Diözesan-Caritasverband Paderborn förderten das Projekt mit insgesamt 50 000 Euro. Allein rund 100 000 Flüchtlinge leben in der 1,5-Millionen-Stadt Charkiw.

Aktuell werden in dem Flüchtlingszentrum monatlich rund 400 Menschen mit kostenlosen Lebensmittelpaketen versorgt. Weitere Hilfen bieten eine Kleiderkammer, ein Kindergarten, ein medizinisches Zentrum, sanitäre Anlagen und Waschmaschinen. Für traumatisierte Flüchtlinge gibt es psychotherapeutische Hilfe. ◀



Minderjährigen Flüchtlingen ein Zuhause bieten

Katholische Träger in Dortmund erweitern gemeinsam ihr Hilfeangebot

Neue Hilfemöglichkeiten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge bieten katholische Träger in Dortmund an. Mit der Unterzeichnung eines Kooperationsvertrages erweiterten die Kath. St.-Johannes-Gesellschaft und der Caritasverband Dortmund ihr Angebot auf insgesamt 100 Plätze.

Die Jugend- und Familienhilfe St. Bonifatius des Caritasverbandes Dortmund und die Jugendhilfe St. Elisabeth der Kath. St.-Johannes-Gesellschaft boten bisher insgesamt 80 Plätze an. Durch die Anmietung zusätzlicher Räume im Jugendgästehaus Adolph Kolping wurde die Platzzahl um 20 erweitert. Dort kümmert sich ein Team von elf Mitarbeitern beider Träger um das Wohl der jungen Menschen, die hier eine neue Lebensperspektive suchen und bis zu ihrer Volljährigkeit betreut werden. „Wir haben uns zusammengetan, weil wir damit neuen Herausforderungen besser begegnen können“, betonten Klaus Bathen, Hauptgeschäftsführer der Kath. St.-Johannes-Gesellschaft, und Georg Rupa, Vorstandsvorsitzender des Caritasverbandes, bei Ver-



Bei der Vertragsunterzeichnung (vorn von links) Klaus Bathen und Georg Rupa sowie (hinten von links) Bertram Fellermann, Leiter der Jugend- und Familienhilfe St. Bonifatius des Caritasverbandes, und Friedhelm Evermann, Leiter der Jugendhilfe St. Elisabeth der Johannes-Gesellschaft Foto: CV Dortmund

tragsabschluss. „Und wir plädieren dafür, dass minderjährige Flüchtlinge weiterhin dort betreut werden, wo es erfahrene Kommunen und qualifizierte Träger gibt, und nicht – wie von der Politik beabsichtigt – für eine breit gestreute Verteilung in die Fläche. Hier muss das Wohl der jungen Menschen eindeutig Vorrang haben.“ Die wachsende Zahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge stellt die Stadt Dortmund vor große Probleme im Hinblick auf Unterbringung und Betreuung. Im Juni befanden sich 440 in Vormundschaft des Jugendamtes. Fast alle lebten in anerkannten Einrichtungen der Erziehungshilfe. ◀

Menschen in der Caritas

Der IN-VIA-Diözesanverband Paderborn trauert um **Marianne Paus** (Foto), die im Alter von 79 Jahren in Bielefeld gestorben ist. Mit ihrem ehrenamtlichen Engagement in der Vorstandsarbeit von IN VIA habe sie 17 Jahre lang wesentliche Entwicklungen im Erzbistum Paderborn mitgestaltet, würdigte IN-VIA-Vorstand **Erika Vogdt** die Verstorbene. Von 1991 bis 2008 war sie Vorsitzende im Vorstand von IN VIA Bielefeld-Herford. 1994 wurde sie als Beisitzerin und 1999 als Vorsitzende in den Vorstand des Diözesanverbandes gewählt. Die berufliche Förderung von Mädchen und Frauen mit Benachteiligungen, von alleinstehenden Müttern mit Kindern und die Begleitung von jungen Menschen im Freiwilligen Sozialen Jahr sowie im Au-pair-Einsatz seien ihr auf der örtlichen wie auf der diözesanen Verbandsebene ein persönliches Anliegen gewesen, sagte Erika Vogdt. „Für ihre kluge



Foto: INVIA

Verbandsführung und ihre herzliche, Vertrauen schenkende Weise in der Zusammenarbeit bleibt IN VIA der Verstorbenen in tiefem Dank verbunden.“

37 Jahre lang war **Maria José Caetano** als Sozialarbeiterin der Caritas in Dortmund für ausländische Mitbürger tätig. Jetzt wurde sie in den Ruhestand verabschiedet. Zunächst war sie schwerpunktmäßig für die Portugiesen in Dortmund tätig. Seit einigen Jahren setzte sie sich innerhalb des NRW-Programms „Integrationsagenturen“ für die Belange von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ein und förderte deren Integration durch eine Vielzahl von Projekten – gemeinsam mit der Stadt Dortmund, Kirchengemeinden und Verbänden.



Foto: CV Dortmund

Caritas-Telegramm



Foto: Caritas

Arnsberg. Einblick in die Arbeit des Deutschen Caritasverbandes haben Jugendliche der „youngcaritas“ aus Arnsberg bei einem dreitägigen Besuch in Freiburg erhalten. Präsident Dr. Peter Neher sprach mit den Jugendlichen über Gründe für die steigende Zahl von Flüchtlingen und Möglichkeiten der Hilfe. Eine alternative Stadtführung führte die Jugendlichen an Orte, an denen sich Wohnungslose und Menschen am Rande der Gesellschaft treffen. In den Büros von Caritas international erfuhren sie viel über die weltweite Caritas-Arbeit. Für Darleen Herbst von der Jugendcaritas war es ein wichtiger „Blick über den Tellerrand“. Christian Stockmann, Vorstand des Caritasverbandes Arnsberg-Sundern, zog ein positives Fazit der Reise: „Die Jugendlichen waren sehr interessiert an den Themen rund um Flüchtlings- und Entwicklungshilfe, vieles stimmte sie aber auch sehr nachdenklich.“

Bochum. Ein wenig schüchtern stehen sie zusammen: Jugendliche und junge Erwachsene sind in das 1 200-Einwohner-Dorf Niederbergheim bei Warstein gekommen, um zu sehen, wie Flüchtlinge dort leben. „Bisher kenne ich das nur aus dem Fernsehen“, bekennt Anne-Nadine Happe aus Paderborn. Von dem syrischen Studenten Khaldoun Alssadi erfährt die 20-Jährige, wie er vor der Einberufung ins syrische Militär floh und in der libyschen Wüste gekidnappt wurde. Erst als seine Familie Geld an die Entführer überwies, konnte er seine Flucht fortsetzen. Auf einem dieser „selbstmörderischen Boote“, wie er erzählt, verbrachte er mit vielen anderen zwei Tage auf dem Mittelmeer, bevor sie gerettet wurden. Der Besuch in Warstein war ein Programmpunkt des „Refugees Welcome Lab“, einer Willkommens-Werkstatt, die „youngcaritas“ in NRW in Bochum veranstaltete. Insgesamt 80 junge Erwachsene erhielten dort vier Tage lang ein differenziertes Bild von der Situation von Flüchtlingen in Deutschland (siehe Bericht auf S. 24).

Paderborn. Als seelsorgliche Begleiter hat das Erzbistum Paderborn weitere zwölf Mitarbeiter in Einrichtungen der stationären Hilfe beauftragt. Die Beauftragung durch Erzbischof Hans-Josef Becker überreichte Domkapitular Dr. Thomas Witt, Vorsitzender des Diözesan-Caritasverbandes



Die neu ausgebildeten seelsorglichen Begleiter mit dem Vorsitzenden des Diözesan-Caritasverbandes, Domkapitular Dr. Thomas Witt (2. v. l.), Projektreferent Ralf Nolte vom Diözesan-Caritasverband (r.) sowie Kursleiter Msgr. Ullrich Auffenberg (l.)

Foto: Jonas

Paderborn. Für die Begleitung von Bewohnern, Mitarbeitern und Angehörigen beauftragt wurden Mitarbeiter aus Einrichtungen für Senioren, Kinder und Jugendliche in Arnsberg, Dortmund, Hamm, Menden, Minden, Paderborn, Siegen, Soest und Sundern. Seit dem Start des Projektes Ende 2013 wurden vier Ausbildungskurse durchgeführt und insgesamt 60 seelsorgliche Begleiter beauftragt.

Brilon. Eine Selbsthilfegruppe für Cannabis- und Amphetamin-Abhängige hat der Caritasverband Brilon in Kooperation mit dem Jungen Kreuzbund erstmalig eingerichtet. Die Selbsthilfegruppe für Mehrfachabhängige und Konsumenten illegaler Drogen – vorwiegend Cannabis und Amphetamine – wird in Olsberg angeboten. Das Angebot richtet sich auch an Angehörige. 2013 wurden von der Caritas Brilon 58 Cannabis-Abhängige beraten, mehr als doppelt so viele wie 2008.

Dortmund. Ein neues Dienstleistungszentrum hat der Caritasverband Dortmund eröffnet. „Fünf erfolgreiche Betriebsjahre haben uns ermutigt, für unser Integrationsunternehmen einen neuen Standort zu suchen und gleichzeitig die Aktivitäten weiter auszubauen“, sagte Elke Krause, Geschäftsführerin der Caritas Dienstleistungsbetriebe GmbH. Das moderne Betriebsgebäude wurde im Gewerbepark Minister Stein in Dortmund-Eving errichtet. Auf 1 200 Quadratmeter Fläche finden sich die Tätigkeitsfelder Garten- und Landschaftsbau, Maler, Wäscherei und Hausmeisterdienste sowie die Gebäudereinigung und der Secondhand-Möbelmarkt. Der „Fuhrpark“ des Caritas-Menüdienstes versorgt von hier aus täglich rund 500 Kunden in Dortmund mit einem warmen Mittagessen. Im Obergeschoss hat das Qualifizierungszentrum der Beruflichen Eingliederung mit dem Energiesparservice für einkommensschwache Haushalte seinen Sitz. Das Unternehmen beschäftigt aktuell 25 Mitarbeiter mit und ohne Behinderungen.



Medientipps

Deutscher Caritasverband
(Hrsg.): *Unser täglich Brot 2016. Der Caritas-Tagesabreißkalender mit zwei Motiven auf beidseitig bedruckter Rückwand, Abreißkalender, 390 Seiten (ab 4,50 Euro, Staffelpreise)*

Deutscher Caritasverband
(Hrsg.): *Caritas-Kalender 2016. Das Caritas-Kalenderbuch 2016, 160 Seiten, vierfarbig illustriert (ab 5,90 Euro, Staffelpreise)*

Abreißkalender

Jeder neue Tag ist wertvoll. – Der traditionsreiche Tagesabreißkalender „Unser täglich Brot 2016“ ist für viele Menschen ein wichtiger Begleiter durch das Jahr. Er liefert ermutigende Gedanken und christliche Impulse für jeden Tag. Blatt für Blatt, Tag für Tag begleitet er Sie mit ausgewählten Bibelworten durch das Jahr. Das Zitat auf der Rückseite jedes Kalenderblattes lädt zum Innehalten und spirituellen Auftanken ein.

- ▶ Mit Texten berühmter Denker und aus der Heiligen Schrift
- ▶ Mit Sonnen- und Mondständen
- ▶ Mit Namens- und Feiertagen
- ▶ Mit Hinweisen zu den kirchlichen Festen
- ▶ Mit beidseitig bedruckter Rückwand zum Wechseln
- ▶ Über 200 000 Kalenderliebhaber



Kalenderbuch

Den Alltag bereichern – in unserem beliebten Caritas-Kalenderbuch 2016 gibt es viel zu entdecken! Monat für Monat bietet es anregende Kurzgeschichten und bewegende Lyrik, Unterhaltung, Wissenswertes aus Geschichte und Gegenwart und christliche Inspiration. Praktische Tipps rund um die Themen Kochen, Garten und Gesundheit bereichern den Alltag.

Aufwendig und neu gestaltet, enthält das Kalenderbuch selbstverständlich wieder eine ausführliche Übersicht aller Namens- und Feiertage.

GROSSES BEWIRKEN FÜR UNSER MITEINANDER.

WestLotto feiert 60 Jahre
Engagement in NRW.



WEST LOTTO
GLÜCK HAT EIN ZUHAUSE

